

Abschied vom "Aufholprozess Ost"

- ein kritischer Diskussionsbeitrag

Karl Mai / Klaus Steinitz (März 2002)

Inhaltsübersicht:

0. Vorbemerkung

1. Rückstand in der ostdeutschen Wertschöpfung und seine Folgen

- 1.1 Produktions-, Produktivitäts-, Infrastrukturlücke
- 1.2 Unternehmenslücke *
- 1.3 Beschäftigungs-, Einkommenslücke sowie soziale Ost-West-Differenzierung

2. Gibt es ökonomische Bedingungen für einen künftigen Aufholprozess?

- 2.1 Zur Interpretation von "Aufholprozess"
- 2.2 Zum Begriff "selbsttragendes Wachstum Ost"
- 2.3 Was befördert ökonomisch einen zukünftigen "Aufholprozess"?
- 2.4 Exogene Finanzierungsquellen und Industrieansiedlungen
- 2.5 Endogene Entwicklungspotenziale in Ostdeutschland
- 2.6 Verteilungsseitige Aspekte der Lohn- und Einkommensentwicklung
- 2.7 Öffentliche Verschuldung und ostdeutsche Finanzierungsgrundlagen
- 2.8 Folgen von Abwanderung sowie "demografischer Falle" Ost
- 2.9 Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland
- 2.10 Zusammenfassende Bewertung der komplexen Entwicklungschancen

3. Künftiger "Entwicklungspfad Ost"

- 3.1 Alternative Entwicklungspolitik Ost verpasst
- 3.2 Begrenztheit der bisherigen Fördermaßnahmen der Wirtschaftspolitik
- 3.3 Realistische Sichtweise der Perspektive
- 3.4 Defizit in der deutschen Politik
- 3.5 Konsequenzen des ostdeutschen Entwicklungspfades

* Dieser Abschnitt ist von Irene Gallinge verfasst.

0. Vorbemerkung

Um den "Aufholprozess Ost" kam in letzter Zeit eine Kontroverse in Gang, die von ideologischer Überlagerung oder begrifflicher Unschärfe bei Politikern und Journalisten sowie von Einsichten oder Aussagen professioneller Wirtschaftsforscher beeinflusst wurde. Während der Ostbeauftragte des Bundeskanzlers, *R. Schwanitz*, öffentlich wiederholt versuchte zu beteuern, dass Ostdeutschland bereits auf "einem guten Wege" sei, mehrten sich die Stellungnahmen von Skeptikern und Kritikern¹, die nüchterner über die vorliegenden Fakten urteilen und nochmals energisches Eingreifen der Wirtschaftspolitik zugunsten eines neuen ostdeutschen Wachstumsschubs forderten.

Prof. Sinn (ifo-Institut München) hat unlängst knallhart aus gesamtwirtschaftlicher Sicht das "Scheitern der ökonomischen Transformation" in Ostdeutschland konstatiert. Manche für Ostdeutschland verantwortlichen Politiker aber pflegen weiterhin die Propaganda-These vom in Gang gesetzten Aufholprozess, der "nur länger als erwünscht" dauere. „Seit Anfang des vergangenen Jahres (2001) stagniert saison- und arbeitstäglich bereinigt die Industrieproduktion“ in Ostdeutschland, wie das DIW aktuell feststellt.² Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich nicht nur voll im Sog des gegenwärtigen Konjunkturerinbruchs, die Negativtrends sind im Osten weit stärker. Nach neuesten Angaben der Statistik gab es 2001 in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) einen BIP-Rückgang von - 0,3%. Westdeutschland dagegen (ohne Berlin) hatte ein Wachstum von + 0,7 % (Angaben auf Preisbasis 1995).³

1. Rückstand in der ostdeutschen Wertschöpfung und seine Folgen

Die Wirtschaft Ostdeutschlands wird auch im zwölften Jahr nach der Vereinigung durch wesentliche Rückstände im gesamtwirtschaftlichen Produktivitäts- und Einkommensniveau, tiefe strukturelle Defizite, eine beträchtliche Lücke zwischen Eigenleistung und Endverbrauch und eine davon abgeleitete zu starke Abhängigkeit vom westdeutschen Finanztransfer ("Transferökonomie") charakterisiert. Das BIP je Einwohner ist gegenüber Westdeutschland um fast 40 % geringer. Ostdeutschland liegt damit insgesamt noch immer unter 75 % des EU-Durchschnitts und bildet bisher das größte geschlossene EU-Territorium mit einem derartigen Entwicklungsrückstand.

Die Differenz im realen BIP je Einwohner zwischen Ost und West hat sich seit 1996 sogar von 17.720 auf 19.860 DM im Jahre 2000⁴ vergrößert – die Schere zwischen der Entwicklung Ost zu West wird seit fünf Jahren stetig größer. Lagen die ostdeutschen Ausrüstungsinvestitionen 1996 noch 300 DM je Kopf höher, so waren sie 1999 bereits um 200 DM je Kopf niedriger als die westdeutschen – auch hieraus folgt eine Öffnung der Ost-West-Schere in der potenziellen Wertschöpfung. Die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen gingen im Jahre 2000 auf 87,2 % des westdeutschen Standes je Einwohner zurück (Investitionen ohne Bauinvestitionen).⁵

Gleichzeitig sank die Zahl der Beschäftigten (ohne Berlin) zwischen 1995 und 2000 von 6.048 Mio. auf 5.874 Mio. (um 3 %). Im Jahre 2001 ging die Beschäftigung in den neuen Bundesländern um weitere 70.000 Personen zurück.⁶

Das nominelle Einkommensniveau der ostdeutschen Bevölkerung liegt um ca. 30 % unter dem der westdeutschen. Die Arbeitslosen- und ebenso die Unterbeschäftigungsquoten sind mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Das Problem liegt jedoch nicht nur in der Höhe dieser Rückstände oder darin, dass deren Aufholen offensichtlich länger ausbleibt als zuvor vorausgesagt wurde: Faktisch stagniert der innerdeutsche Aufholprozess seit 1996 und die Schere zwischen Ost und West öffnet sich wieder. Es sind auch keine Anzeichen sichtbar, dass sich hieran in den nächsten Jahren grundlegend etwas verändern wird.

Nach der strukturellen Verfestigung der Rückstände hat sich insbesondere im letzten Jahr (2001) im Zusammenhang mit den Wirkungen der gegenwärtigen Rezessions- bzw. Abschwungphase der Konjunktur das West-Ost-Gefälle im BIP-Wachstum und beim Rückgang der Investitionen zu Ungunsten Ostdeutschlands noch weiter erhöht. 2001 ist die gesamtwirtschaftliche Leistung Ost sogar zum ersten Mal seit dem tiefen Produktionseinbruch 1990/91 wieder absolut geschrumpft. Die im Vergleich zu Westdeutschland geringere Wachstumsrate des ostdeutschen BIP wird sich nach Forscher-Prognose (IWH) voraussichtlich nicht vor 2005 wieder in eine etwas höhere wandeln können.⁷ Dies ist vor allem auf die bis dahin noch erwartete Reduzierung der ostdeutschen Bauleistungen als Folge der Strukturkrise bzw. -anpassung zurückzuführen.

Die längerfristigen weltwirtschaftlichen Aussichten für Wachstum und Investitionen sind in den wichtigsten Industrieländern nicht günstig, was sich hemmend auf die Expansion auch der ostdeutschen Wirtschaft über den noch zu schmalen Exportsektor auswirken wird.

Vorliegende Analysen des bisherigen Transformations- und Vereinigungsprozesses in Ostdeutschland sowie der Bedingungen für eine Perspektive der ökonomischen Ost-West-Angleichung führen schließlich zu der desillusionierenden Einsicht:

Im Ergebnis der Transformationspolitik seit der innerdeutschen Währungsunion und der Vereinigung Deutschlands entstanden in Ostdeutschland eine defizitäre Wirtschaftsstruktur sowie ein Dependenz-Wirtschaftstyp, die auf einer immer noch *viel zu schmalen* industriellen Basis beruhen. Ostdeutschland verfügt *nicht* über die komplexen Voraussetzungen um - bei weiterem Bestehen der bisherigen Rahmenbedingungen und bei Fortführung der bisherigen Politik einschließlich der jetzt beschlossenen Transferzahlungen (Solidarpakt II) und Förderprogramme - das gesamtwirtschaftliche Leistungs- und Einkommensniveau Westdeutschlands *absehbar zu erreichen*.

Die offizielle Politik hat, ohne dass dies offen und ausdrücklich eingestanden wird, das ursprüngliche, noch zeitlich absehbare Angleichungsziel für die ostdeutsche Unterentwicklungsregion längst aufgegeben. Wir gehen davon aus, dass es objektive Möglichkeiten gibt, die vorhandenen inneren Potenziale in Verbindung mit einem wirkungsvollen Einsatz äußerer Ressourcen so zu nutzen, dass dem wirtschaftlichen Aufschwung in Ostdeutschland und damit dem Annäherungsprozess neue Impulse verliehen werden. *Dies setzt jedoch eine andere, dieser Aufgabe entsprechende politische Prioritätensetzung und den starken Willen in Gesamtdeutschland voraus, einen neuen Wachstumsschub Ost auszulösen.* (Siehe hierzu: Abschnitt 3.4)

Die praktizierte Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik, bei nur marginalen Änderungen, wird jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass diese Möglichkeiten verspielt werden. Das Wirkungsspektrum zukünftiger Wirtschaftspolitik reicht jedoch von der weiteren Vergrößerung der wirtschaftlichen Rückstände der ostdeutschen Region über ihre Reproduktion und Verfestigung bis zu Schritten einer weiteren Annäherung - *drei* Entwicklungsoptionen, die politisch wesentlich beeinflussbar sind.

1.2 Produktions-, Produktivitäts-, Infrastrukturlücke

Die **Produktionslücke** Ostdeutschlands – also die Differenz zwischen eigenem Aufkommen an Gütern und Dienstleistungen oder selbst erzeugtem Einkommen und der Endverwendung, dem Verbrauch an Konsumgütern und Investitionen, - beträgt ca. 180 Mrd. DM. Sie entspricht damit rund 40 % des BIP-Ost (zu laufenden Preisen) des Jahres 2000. Sie wird durch einen jährlichen Lieferüberschuss an Waren und Dienstleistungen aus den alten Bundesländern und dem Ausland “geschlossen”. In dieser Lücke spiegelt sich das noch zu niedrige Produktionspotenzial in Ostdeutschland wider.

Diese Produktionslücke hat sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre trotz hoher Wachstumsraten des BIP verfestigt. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ist sie zwar etwas geringer geworden, jedoch nicht als Resultat eines raschen Wachstums der volkswirt-

schaftlichen Leistung, sondern vor allem als Folge des starken Rückgangs der *externen* Investitionen, so dass die Endverwendung insgesamt stagnierte. Diese Minderung der Produktionslücke ist somit weniger bereits ein Hoffnungszeichen als vielmehr ein Ausdruck ihrer innerwirtschaftlichen oder strukturellen Verfestigung.⁸

Die Gesamtinvestitionen gingen von 1995 (207,5 Mrd. DM) bis 1999 (186,1 Mrd. DM) um 21,4 Mrd. DM zurück, darunter die Investitionen ins Produzierende Gewerbe um 9,1 Mrd. DM. Die rückläufige Tendenz setzte sich auch im Jahre 2000 fort. Damit zeigt auch die Entwicklung im Produktionspotenzial eine Abschwächung.

Die permanente "Minderleistung Ost" besteht komplementär zur Dominanz (Marktmacht) westdeutscher bzw. ausländischer Konzerne und Unternehmen auf dem ostdeutschen Binnenmarkt. Sie sind flächendeckend imstande und bestrebt, den kaufkräftigen Ostbedarf an überregional handelbaren Gütern und Dienstleistungen weitgehend zu decken, ohne hierfür auf Grund in Westdeutschland bzw. in den anderen Ländern vorhandener Kapazitäten in den *ostdeutschen* Bundesländern neue aufbauen zu müssen. Dies zeigt sich in der zurückhaltenden oder zu geringen Investitionsneigung westdeutscher Kapitaleigentümer in den meisten Branchen der Verarbeitenden Industrie Ost. Einzelfälle von industriellen Großinvestitionen in der Chemie- und Mineralölindustrie, in der Mikroelektronik sowie im Automobilbau sind keineswegs typisch für die Grundtendenz der externen Investitionen seit 1995.

Darin wird sichtbar, dass die Produktionslücke nicht zügig *gegen* das Desinteresse oder den Widerstand des westdeutschen Kapitals, die mit ihren Kapazitäten den ostdeutschen Binnenmarkt beliefern, reduziert werden kann.

Die Produktionslücke kann nur verringert werden, wenn den produzierenden Unternehmen in Ostdeutschland ein überdurchschnittliches Wachstum der Wertschöpfung, die Erhöhung der Innovationskraft und eine Erweiterung der Marktanteile gelingt. *Die notwendige Vergrößerung der Marktanteile in Ostdeutschland produzierender Unternehmen ist eine Schlüsselfrage für die ökonomische Entwicklung.* Dies gilt für den ostdeutschen Binnenmarkt, den überregionalen westdeutschen Markt und insbesondere für den Export. Der Exportanteil im Verarbeitenden Gewerbe Ost ist zwar bis 2000 auf 21,6 % gewachsen, liegt damit aber immer noch um 16,1 % -Punkte unter dem westdeutschen, der 37,7 % beträgt.⁹

Der öffentliche West-Ost-Finanztransfer wird zum überwiegenden Teil als zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Westdeutschland mit allen davon abgeleiteten Effekten wirksam: zusätzliche Gewinne, Steuereinnahmen und auch Arbeitsplätze entstehen dort. Deren Finanzierung belastet zugleich die öffentlichen Haushalte (Bundeshaushalt, Haushalte der westdeutschen Länder und Gemeinden und insbesondere die Haushalte der Sozialversicherungen) und damit auch die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten Westdeutschlands. Das westdeutsche Kapital, die Banken, Versicherungskonzerne, Handelsketten und Großunternehmen, sind Hauptgewinner der öffentlichen Finanztransfers – sie konnten dadurch ihren Absatz um rund 200 Mrd. DM erweitern und einen hohen Zuwachs der Profite erzielen. Daher ist das westdeutsche Kapital grundsätzlich nicht an einer Einschränkung dieser Transfers interessiert. Sie sind eine wichtige Grundlage für die Auslastung der nach 1990 aufgestockten westdeutschen Produktionskapazitäten. Es liegt jedoch im Interesse der Bevölkerungsmehrheit in Ost und West, die permanente defizitäre *Leistungslücke* in der Wertschöpfung Ost spürbar zu verringern, um u.a. die öffentlichen West-Ost-Finanztransfers perspektivisch sukzessive mindern zu können.

Die ostdeutsche "**Produktivitätslücke**" - regionalwirtschaftliche Lücke in der gesamtwirtschaftlichen Leistung (im Vergleich zu Westdeutschland) - wird von der Statistik als niedrigere BIP-Leistung *je Erwerbstätigen* ausgewiesen. Sie betrug im Jahr 2000 immer noch etwa 33 %. (ohne Berlin, auf Basis ESVG 1995). Je Einwohner jedoch lag sie bei etwa 40 % des westdeutschen Standes.¹⁰

Diese ostdeutsche "Produktivitätslücke" spiegelt u.a. in hohem Grade die im Ergebnis der Transformationspolitik und des Wirkens marktwirtschaftlicher Prozesse entstandenen strukturellen Defizite der Wirtschaft Ostdeutschlands wider. Das sind vor allem die vom westdeutschen Kapital abhängigen Wirtschaftsstrukturen, darunter insbesondere der zu geringe Anteil innovativer, forschungs- und wertschöpfungsintensiver Produktionen, und das Fehlen leistungsfähiger industrieller Großbetriebe sowie ostregional ansässiger Konzernzentralen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Faktoren, die vorwiegend die Rückstände in der regionalen, betriebswirtschaftlichen Produktivität beeinflussen. Sie reichen von Rückständen in der Kapitalausstattung und in der Verkehrsinfrastruktur, über unzureichende regionale Innovationspotenziale sowie Defizite im Management der jungen und kapitalschwachen Unternehmen, bis zu geringer Marktmacht und damit ungünstigeren Verkaufs- und Einkaufspreisen.¹¹ Dass „Defizite beim Unternehmensbesatz in Ostdeutschland möglicherweise wichtiger sind als bisher wahrgenommen“, wurde bereits vom IWH (2001)¹² betont und wird durch den nachfolgenden Abschnitt 1.2 weiter ausgeführt.

Nach neuesten DIW-Angaben verfügten 1999 noch 18 % aller ostdeutschen Industrieunternehmen über „zum Teil oder weitgehend veraltete“ Ausrüstungen, und dies trifft auch bei 12 % der Unternehmen in westdeutschem oder ausländischem Besitz zu.¹³ Immerhin geben auch 26 % aller ostdeutschen Industrieunternehmen die Größe ihres Bestandes an Ausrüstungen mit „zu klein“ an im Vergleich zur erwarteten Unternehmensentwicklung. Dies alles ist auch ein Indikator für geringere Produktivität und zeigt den noch vorhandenen ungesättigten Investitionsbedarf der regional ansässigen Industrieunternehmen.

Bei der Bewertung volkswirtschaftlicher Produktivitätsrückstände muss beachtet werden, dass sie *auch* auf methodisch-statistische Effekte ihrer Messung, u.a. der Bewertung und der Zurechnung von Leistungen, zurückzuführen sind. Insbesondere in der öffentlichen Verwaltung und bei einem größeren Teil der Dienstleistungen spiegelt die statistisch ausgewiesene niedrigere Produktivität zu einem beträchtlichen Teil die im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Löhne wider, da sich die "Produktivität" in diesen nicht produzierenden Bereichen vorwiegend aus den Löhnen als "Wertschöpfungsfaktor" ableitet. Die fehlende Lohnangleichung an West wird hier zu einem Hauptfaktor für die niedrigere "Produktivität Ost". Dies wirkt sich nicht nur direkt auf die ausgewiesene Produktivität dieser Bereiche, sondern auch indirekt auf die rechnerische gesamtwirtschaftliche Produktivität Ostdeutschlands aus. Auch in den anderen Bereichen (Verkehrswesen, Wohnungswesen) gibt es Faktoren der Produktivitätsberechnung, die zu beträchtlichen Verzerrungen der ausgewiesenen Ergebnisse führen. Die ausgewiesenen volkswirtschaftlichen Produktivitätsrückstände werden oft politisch instrumentalisiert, um Forderungen nach generellem Verzicht auf Lohnerhöhungen bzw. gegenüber dem Produktivitätswachstum geringerer Zunahme der Löhne in Ostdeutschland zu begründen, wodurch die Schritte zur Lohnangleichung noch weiter hinausgezögert werden.

Als Folge einer überzogenen Erweiterung des Baugewerbes in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, u.a. auch als Ergebnis einer falschen und einseitigen Wirtschaftsförderung, insbesondere zur Steuersenkung durch Abschreibungsmodelle für westdeutsche Vermögensbesitzer, sowie der jetzigen "Haushaltskonsolidierung" auf Kosten öffentlicher Investitionen, gibt es seit einigen Jahren eine *anhaltende Strukturkrise* der ostdeutschen Bauwirtschaft mit stark rückläufigen Leistungen. Der hohe Anteil der Bauwirtschaft Ost an der Leistung des produzierenden Sektors sowie die relativ günstige Produktivitätsrelation Ost-West im Bausektor bewirken, dass sich diese Strukturkrise deutlich mindernd auf die ostregionale Gesamtproduktivität auswirken kann.

Die noch zu geringe Innovationskraft der Unternehmen, darunter besonders der ostdeutschen KMU, die sich in zu niedrigen Anteilen grundlegender Erzeugnisinnovationen und produktivitätswirksamen Prozessinnovationen zeigt, sowie eine effizienzmindere (oft von den westdeutschen Mutterunternehmen bestimmte) Sortimentsstruktur - Zulieferungen mit relativ niedrigen Wertschöpfungsanteilen oder reine Montagebetriebe wie im Automobilbau

– wirken sich hemmend auf Wertschöpfung und die in Wertkennziffern gemessene Produktivität aus.

Die *strukturellen* Ost-West Unterschiede, vor allem die Größenstrukturen der Betriebe sowie die Branchen- und Erzeugnisstrukturen der Produktion, beeinflussen nicht nur die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsrückstandes, sondern wirken auch verfestigend.

In den neuen Bundesländern konzentrieren sich die Beschäftigten und der Umsatz auf KMU (Kleinbetriebe und Mittelbetriebe unter 500 Beschäftigte). Besonders auffällig ist die Häufung von Beschäftigung und Umsatz in der Größengruppe bis 99 Mitarbeiter je Betrieb. Sie ist fast doppelt so groß wie in Westdeutschland (2000). Beim Umsatz betragen die Strukturanteile in den Betrieben bis 99 Beschäftigte 31,2 % (Ost) bzw. 15,2 % (West) und bei den Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten 29,2 % (Ost) bzw. 56,1 % (West). Auf die Größengruppe der Betriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten entfallen in Ostdeutschland nur 15 % in Westdeutschland jedoch 40 % des gesamten Umsatzes im jeweiligen Verarbeitenden Gewerbe. (Berechnet nach: St.B.A. Wiesbaden, Fachserie 4, R. 4.1.2, 2000)

Unter einer hypothetischen Annahme gleicher Größenstrukturen des ost- und des westdeutschen Unternehmenssektors würde der ostdeutsche Produktivitätsrückstand in der Industrie nur etwa halb so groß sein - 17 % anstelle von 34 %. ¹⁴ Dieser gravierende strukturelle Nachteil ist jedoch in absehbarer Zeit nicht zu überwinden. Dies würde nämlich bedeuten, dass sich in den neuen Ländern die Anzahl der Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten mindestens verdreifachen müsste. *Weder Neuansiedlungen noch die Expansion vorhandener Betriebe werden diese strukturelle Unternehmensgrößenlücke in einer übersehbaren Zeitspanne schließen können.*

Nicht nur zur Zeit der "Zerlegung" der Kombiatsstrukturen durch die Tätigkeit der Treuhandanstalt ab Mitte 1990, sondern auch nach 1995 hat die Anzahl der Betriebe mit 20 und mehr Mitarbeitern stark abgenommen. Die Kluft in der Unternehmensdichte und in der Größenstruktur der Betriebe gegenüber Westdeutschland hat sich somit auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weiter vergrößert. So ging in der Gruppe ab 500 Mitarbeitern die Anzahl der Betriebe von 1995 bis 1999 um 26 %- Punkte zurück. Damit sank gerade das relative Gewicht der Gruppe von Unternehmen mit den günstigsten Potentialgrößen für eine rasche Steigerung der innovativen Wertschöpfung.

Aber auch in den Gruppen 20-99 Beschäftigte und 100-499 Beschäftigte nahm in Ostdeutschland die Zahl der Betriebe ab, um 6 %- bzw. um 11 %-Punkte. Nur in der Größengruppe unter 20 Mitarbeitern vergrößerte sich die Anzahl der Betriebe um 16 %-Punkte. Die Marktstärke dieser Kleinunternehmen ist jedoch verschwindend gering. Im Unterschied hierzu nahm in Westdeutschland in allen Größengruppen ab 20 Beschäftigte die Anzahl der Betriebe zu. (Berechnet nach Angaben des IAB-Betriebspaneel, verschiedene Jahre.) (Vgl. hierzu den folgenden Abschnitt 1.2 zur Unternehmenslücke.)

1999 befanden sich 12 % aller Betriebe mit 22 % der Beschäftigten in westdeutschem oder ausländischem Eigentum. Industriebetriebe ab 500 Mitarbeitern befinden sich zu 85 % in westdeutschem oder ausländischem Eigentum. Dies bleibt nicht ohne Wirkung auf die umfangreichen preismanipulierten „Gewinnverlagerungen“ in die westwärts gelegenen Konzernzentralen.

Die De-Industrialisierung Ostdeutschlands zeigt sich darin, dass je 1.000 Einwohner in der ostdeutschen Industrie nur noch 43 beschäftigt waren gegenüber 86 in Westdeutschland (September 2000), 1989 waren es noch über 150. Um einen den alten Bundesländern entsprechenden Anteil der Industriebeschäftigten an der Bevölkerung („Industriebesatz“) zu erreichen, müssten zu den gegenwärtig rund 650.000 Beschäftigten fast 700.000 hinzukommen. Eine Angleichung an die analogen Strukturanteile der Industrie Westdeutschlands liegt *außerhalb* der absehbaren Realität, auch wenn die Anzahl der in der Industrie Westdeutschlands Beschäftigten entsprechend den Trends künftig noch weiter abnehmen wird.

In allen Publikationen wird die noch bestehende **Lücke in der Infrastruktur Ost** gegenüber West als leistungsmindernder Standortfaktor geltend gemacht. Im Vergleich ost- und westdeutscher Flächenländer betrug der Ausstattungsgrad 1999 beim landeseigenen Bruttoanlagevermögen zwar schon 70 %, jedoch einschließlich der Anlagen der kommunalen Gemeinschaftsdienste nur 57 %. Für 2005 wird insgesamt eine Ausstattung von ca. 70 % des westdeutschen Standes je Einwohner erwartet.¹⁵ Allein im Bereich der "harten" Infrastruktur wird ab 2005 ein Gesamtaufwand ab 200 bis 300 Mrd. DM für Erweiterung und Erneuerung für erforderlich gehalten.

Die Erneuerung und Entwicklung der "harten" Infrastruktur im nächsten Zeitraum ist jedoch nicht als Selbstzweck, sondern im Kontext mit den vorrangigen Bedürfnissen der Wohnbevölkerung und der weiteren Entwicklung der Wertschöpfung zu konzipieren. Hierauf nehmen die Tendenzen der Bevölkerungsdynamik, darunter Veränderungen in der Altersstruktur, die regionale "Clusterbildung" in der Wirtschaft und die weiterhin verfügbaren jährlichen Anteile von Fördermitteln für den industriellen Sektor einen bestimmenden Einfluss.

1.2 Unternehmenslücke *

Offizielle Einschätzungen der Bundesregierung gehen von mehr als einer halben Million neu gegründeter Unternehmen in Ostdeutschland aus, in denen drei Millionen neue Arbeitsplätze entstanden sein sollen. Dies vermittelt den irreführenden Eindruck, dass die Herausbildung eines ostdeutschen Unternehmenssektors im Jahre 1990 überhaupt erst begonnen hätte und ignoriert, dass die tatsächliche Entwicklung des ostdeutschen Unternehmenssektors zum Optimismus nur wenig Anlass bietet.

Die Transformation Ostdeutschlands in das marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik basierte auf der fast völligen Zerschlagung der vorhandenen - auch im Vergleich zu Westdeutschland - relativ dichten regionalen und sektoralen Unternehmensstrukturen. Wettbewerbsfähigere neue Strukturen sind unzureichend entstanden.

Die anfängliche Dynamik des ostdeutschen Unternehmenssektors hat spürbar nachgelassen und mit Eintritt in die Rezession hat sich seine Situation im Jahre 2001 merklich verschlechtert. Während sich das Gründungsgeschehen abflachte, hat die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2001 eine neue Rekordmarke erreicht. Als Träger von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungszunahme, Einkommenszuwachs und Vergrößerung des Wohlstands ist der Unternehmenssektor in Ostdeutschland in den vergangenen zehn Jahren erst in Ansätzen wirksam geworden.

Nach wie vor existiert eine deutlich erkennbare "Unternehmenslücke" zwischen Ost- und Westdeutschland. Schon diese Lücke, wird vom IWH eingeschätzt, dürfte auf längere Sicht ein erhebliches Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufholprozess bleiben.¹⁶ Auch die zum Teil beeindruckende Steigerung der Leistungskraft von ostdeutschen Unternehmen kann diese Lücke nicht ausfüllen. Es gibt lediglich 288 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen auf 10.000 Einwohner im Osten gegenüber 365 im Westen. Die Quote der ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Unternehmen beträgt 366 gegenüber 465. Im Zeitraum 1995 bis 2000 hat sich die Zahl dieser Unternehmen mit 15 Prozent sogar nur in geringerem Maße als in Westdeutschland mit 17 Prozent erhöht. Die Zahl der Selbstständigen wuchs zwar mehr als doppelt so schnell, trotzdem erhöhte sich die Selbstständigenquote (Selbstständige je 100 Erwerbstätige) nur gering auf nur 8,2 gegenüber 10,2 in Westdeutschland.

Einen besonderen Schwachpunkt im ostdeutschen Unternehmensgefüge stellt die Größen- und Eigentumsstruktur dar, da die ausgewogene Mischung von Klein-, Mittel- und Großunternehmen fehlt, die an den Standorten zur Branchenvielfalt beiträgt, die Kooperationen befördert und die zur Gründung und Ansiedlung anderer Unternehmen beiträgt. In Ostdeutsch-

* Dieser Abschnitt wurde von Irene Gallinge verfasst.

land dominieren Klein- und Kleinstunternehmen, Großunternehmen gibt es dagegen sehr wenige. Sowohl die Klein- wie auch die Großunternehmen sind im Durchschnitt kleiner als in Westdeutschland, wobei der wesentlich höhere ostdeutsche Anteil an Kleinstunternehmen insbesondere ins Gewicht fällt - nach der Zahl der Betriebe wie auch nach der Anzahl der in ihnen Beschäftigten.

Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich die ungünstige Betriebsgrößenstruktur in Ostdeutschland weiter verfestigt. Folgende Veränderungen (in Prozent) für den Zeitraum 1995 - 1999 sind zu erkennen:

Zahl der Betriebe mit Beschäftigten von.....bis	Ostdeutschland	Westdeutschland
1 – 19	+ 15,5	+ 1,8
20 – 99	- 6,0	+ 33,2
100 – 499	- 10,9	+ 24,5
500 und mehr	- 25,9	+ 10,6

(Quelle: Berechnet nach Angaben des IAB-Betriebspaneel, verschiedene Jahre)

Charakteristisch für die Entwicklung der Größenstrukturen ostdeutscher Unternehmen war im vergangenen Jahrzehnt somit nicht eine Annäherung an die wettbewerbsfähigeren westdeutschen Strukturen, sondern die noch ausgeprägtere Dominanz des Bereichs umsatz- und wachstumsschwacher Klein- und Kleinstbetriebe einerseits sowie die weitere Verminderung der geringen Zahl von Großbetrieben andererseits.

Die defizitäre Größenstruktur ist untrennbar mit der durch die Treuhand geprägten spezifischen Eigentumsstruktur in Ostdeutschland verbunden. Nach Angaben im IAB-Betriebspaneel hatten 1999 rund 78 Prozent der Betriebe mit 50 Prozent aller Beschäftigten ostdeutsche Eigentümer. Allerdings befinden sich die entscheidenden Unternehmenspotenziale, besonders in der Industrie, fast ausschließlich im Eigentum westdeutscher und ausländischer Unternehmen und Konzerne. Das betrifft schätzungsweise 12 Prozent der Betriebe mit 22 Prozent der Beschäftigten.

Es gelang nicht, Konzernzentralen in Ostdeutschland anzusiedeln - Jenoptik ist die einzige Ausnahme - und damit verbunden Steuereinnahmen und vielfältige Synergieeffekte für die regionale Entwicklung nutzbar zu machen. Bei fast allen größeren Unternehmen in der Industrie, im Handel, Kredit- und Versicherungswesen handelt es sich um Tochtergesellschaften westdeutscher und ausländischer Konzerne und damit um abhängige Unternehmen, die der regionalen Entwicklung die entscheidenden Impulse geben und auch die überregionale Einbindung der ostdeutschen Wirtschaftsregionen dominieren.

Von ihnen gehen unterschiedliche und unterschiedlich intensive, insgesamt aber zu wenig Impulse zur Stärkung des ostdeutschen Unternehmenssektors aus und sie tragen generell an den Standorten unzureichend zum Entstehen und zur Ansiedlung weiterer Unternehmen bei. Häufig sind sie selbst relativ klein und innerhalb ihres Unternehmensverbunds nur von marginaler Bedeutung. Nicht selten wechselt mehrfach ihr Eigentümer, was zu Veränderungen in der strategischen Ausrichtung des Unternehmens führt. Nicht nur das Unternehmen selbst ist davon betroffen, sondern für das gerade entstehende Umfeld der regionalen Dienstleister und Zulieferer erhöht sich der Anpassungsdruck oder wird gar die Existenz in Frage gestellt.

Der Dependenzcharakter des ostdeutschen Unternehmenssektors erweist sich als Haupthemmnis für dessen weitere Entwicklung, weil er die Herausbildung ausgewogener und ausreichend diversifizierter Größen-, Branchen- und Standortstrukturen sowie das raschere Größenwachstum der Unternehmen überhaupt verhindert. Aber gerade das sind Bedingungen für

die Entfaltung höherer Eigendynamik des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses in Ostdeutschland. Dependenzwirtschaften, auch die ostdeutsche, sind darüber hinaus besonders anfällig für konjunkturelle Marktschwankungen, durch die strukturelle Anpassungsprozesse von Branchen und Standorten ständig behindert oder sogar konterkariert werden.

So hatten die durch westdeutsche Konzerninteressen geprägten Investitionsschübe in der ostdeutschen Industrie Anfang der neunziger Jahre sehr ungünstige Struktureffekte zur Folge. Die Konzentration der Investitionen auf Industriebereiche, die stark von der Bauindustrie und von lokalen Märkten abhängig sind führte dazu, dass bis 1998 noch 80 Prozent der Industrieinvestitionen in die Branchen Nahrungsgüter- und Grundstoffindustrie flossen. Bis heute hängen mehr als zwei Drittel der Industriearbeitsplätze direkt oder indirekt von der Baubranche und der Produktion für regionale Märkte ab. Die Anteile der Branchen Chemie und Maschinenbau waren dagegen bis 1999 rückläufig.¹⁷

Forschungsintensive Branchen wurden von Anfang an vernachlässigt. Ihr Umsatzanteil liegt in den neuen Bundesländern mit rund 5,5 Prozent erheblich unter dem Umsatzanteil der ostdeutschen Industrie an der Industrie der Bundesrepublik. Und auch der Exportanteil der Unternehmen aus forschungsintensiven Branchen liegt unter dem Exportanteil aller ostdeutschen Industrieunternehmen.

Die wesentlichsten Motive westdeutscher Unternehmen für Investitionen in Ostdeutschland wie Erschließung neuer Märkte, die Nutzung von Fördermitteln, Nutzung von vorhandenen Qualifikationspotenzialen und der relativ guten Infrastruktur haben sich erschöpft, wird in einer Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau festgestellt. Die Schrumpfung des Verarbeitenden Gewerbes, heißt es weiter, dauert auch nach der eigentlichen Transformationsphase der Wirtschaft an und betrifft vor allem die für überregionale Märkte produzierenden Bereiche. Dem ostdeutschen Unternehmenssektor fehlen hier wesentliche Voraussetzungen, um den Niveauunterschied zu Westdeutschland zu verringern.¹⁸

Somit ist in Ostdeutschland ein Unternehmenssektor besonderer Art entstanden, der zunächst schnell wuchs, der dabei gravierende strukturelle Deformationen ausbildete und der nunhinsichtlich der Anzahl der Unternehmen zur Stagnation neigt.

Darüber hinaus ist zu erkennen, dass die hohe Insolvenzhäufigkeit ein besonderes Hemmnis für die Entwicklung des ostdeutschen Unternehmenssektors bleibt und vor allem den gerade entstehenden Mittelstand schwächt. Bis 1997 hatte sich die Zahl der Firmenpleiten in Ostdeutschland jedes Jahr erhöht. Sie verringerte sich 1998 und 1999 und stieg im folgenden Jahr wieder um 12,3 Prozent an. Im Jahre 2000 wurden in Ostdeutschland 8.500 Unternehmensinsolvenzen registriert, in Westdeutschland 27.800. Schätzungen für 2001 gehen von einer weiteren Erhöhung der Zahl der ostdeutschen Unternehmensinsolvenzen aus. Damit dürfte auch die Zahl der infolge Insolvenzen verloren gegangenen Arbeitsplätze weiter angestiegen sein. Im Jahre 2000 waren das 190.000 Arbeitsplätze bzw. 39 Prozent aller in der Bundesrepublik durch Insolvenzen verloren gegangenen Arbeitsplätze.

Mit fast einem Drittel ist der Anteil Ostdeutschlands an allen Unternehmensinsolvenzen in der Bundesrepublik so hoch wie nie. Zieht man den geringen Bestand an Unternehmen in den neuen Bundesländern in Betracht, so hat das anhaltend hohe Insolvenzgeschehen nicht nur durch seine nahezu ungebrochene Dynamik, sondern auch durch die Menge der betroffenen Unternehmen ein größeres wirtschaftliches Gewicht als in den alten Ländern. In Ostdeutschland sind die Insolvenzquoten (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) in allen Wirtschaftsbereichen mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Auf eine geringere Zahl von Unternehmen kommt eine höhere Zahl von Bankrotten.

Die finanzielle Situation der ostdeutschen Unternehmen ist generell schlechter als die westdeutscher Unternehmen, da sich konjunkturelle, strukturelle und transformationsbedingte Problemlagen im Osten auf ungünstige Weise miteinander vermischen. Im Schnitt ist die

Eigenkapitalausstattung geringer als in Westdeutschland und die Masse der Unternehmen hat große Schwierigkeiten, ihre Liquidität zu bewahren wie auch Finanzmittel zur Realisierung von Forschung, neue Technik, Markterschließung, Erweiterung usw. zu mobilisieren. Die Unternehmen haben Kapazitätsauslastungs-, Absatz- und Gewinnprobleme, bedingt durch Auftragsmangel, unzureichenden Marktzugang oder einfach Verdrängung. Nicht selten kommen noch größere Forderungsausfälle hinzu.

Während der Finanzierungsbedarf von KMU ständig steigt, sind ostdeutsche Unternehmen in besonderem Maße von dem Rückzug der Geschäftsbanken aus dem Firmenkundengeschäft und zugleich von ihrer rigideren Vergabepolitik betroffen. Gestützt wird die Rückzugspolitik der Banken durch Bestimmungen des Baseler Vertrages der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel II), welche als Risikoabsicherung für Kreditgeschäfte von Banken unterschiedlich hohe Eigenkapitaleinlagen vorsehen. Als Folge werden Unternehmen, deren Bonität niedrig eingestuft wird, künftig mit höheren Kreditkosten, mit erschwerten Vergabemodalitäten und einer strengeren Offenlegungspflicht zu rechnen haben. Außerdem können sich aus der durch EU-Beschluss weitgehenden Abschaffung der Gewährträgerhaftung durch die deutschen Länder für Sparkassenkredite weitere noch nicht abzuschätzende Auswirkungen auf die Kreditvergabepolitik ergeben, da ostdeutsche KMU in besonders hohem Maße Kredite von Sparkassen und Landesbanken in Anspruch nehmen.

1.3 Beschäftigungs- und Einkommenslücke sowie soziale Ost-West-Differenzierung

Die **Beschäftigungslücke Ost** ergibt sich aus dem deutlich niedrigeren Beschäftigungsgrad (Erwerbstätigenquote) auf dem ersten Arbeitsmarkt im Vergleich zu Westdeutschland. Diese Lücke liegt für das Jahr 2000 mit 10 Prozentpunkten Differenz fast doppelt so hoch wie noch im Jahr 1996 mit 5 %-Punkten (ohne Berlin). Im Jahre 2001 gab es in den neuen Bundesländern eine Unterbeschäftigung von 1,7 Mio., darunter 1,26 Mio. offiziell Arbeitslose.¹⁹

Bei gleichem Beschäftigungsgrad Ost wie West auf dem ersten Arbeitsmarkt (ca. 70 %) würde sich für das Jahr 2000 eine um ca. 580.000 Personen höhere Beschäftigtenzahl ergeben und das ostdeutsche BIP wäre um ca. 10 %-Punkte höher. Die Beschäftigungslücke erhöht deutlich die Einkommenslücke der Wohnbevölkerung Ost.

Die Bruttoeinkommen aller Beschäftigten der Wirtschaft lagen 2000 bei durchschnittlich 68,2 % des Westniveaus. Dies entspricht fast der erreichten Ost-West-Relation im BIP je Beschäftigten. Bei den Lohn- und Gehaltsempfänger lagen die durchschnittlichen effektiven Bruttolöhne Ost (ohne Berlin) im Jahre 2000 bei 76,7 % des Westniveaus, die Nettolöhne bei 83,5 %. Das ostdeutsche Tariflohniveau erreichte lt. DGB bereits durchschnittlich ca. 90 % des westdeutschen Standes.

Die ostdeutschen effektiven Bruttolöhne sind zwischen 1991 und 2000 im Durchschnitt pro Jahr zwar nominell um 5,8 % gestiegen, aber preisbereinigt, real nur um jährlich 1,7 %. Die ostdeutschen Arbeitnehmer haben eine durchschnittlich ca. 5 % längere Arbeitszeit als die westdeutschen.

Die bestehenden Rückstände der Arbeits-, aber auch der realisierten Gewinneinkommen (im Vergleich zu Westdeutschland) sind vor allem Folge der "Produktivitätslücke" und der Beschäftigungslücke in den neuen Bundesländern. Daraus ergeben sich im wesentlichen auch niedrigere originäre Sozialabgaben und Steuereinnahmen in der ostdeutschen Region und ein großer Teil der Probleme der Haushalte der ostdeutschen Länder und Kommunen, die nur zum Teil durch finanziellen Transfer kompensiert werden.

Die ostdeutsche Einkommensstruktur weist auch unter sozialen Aspekten Abweichungen zur westdeutschen auf. Vor allem die oberen Einkommensgruppen sind deutlich weniger repräsentiert, während die unteren Einkommensgruppen überrepräsentiert sind. Der Armutsanteil liegt bei Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren und bei Alleinerziehenden deutlich höher als in Westdeutschland. Die Quote aller ostdeutschen Haushalte mit statistischen "Niedrigeinkommen" (weniger als 75 % der durchschnittlichen Einkommen Deutschlands)

beträgt mehr als 40 %. Der Anteil der Haushalte im Bereich der "Einkommensarmut" (weniger als 50 % der durchschnittlichen Einkommen) liegt in Ostdeutschland bei 10 %.

Entsprechend den insgesamt niedrigeren laufenden Individualeinkommen Ost ist der erreichte private Vermögensbestand durchschnittlich erst halb so hoch wie in Westdeutschland, so dass auch hiervon abgeleitete zusätzliche Vermögenseinkommen im innerdeutschen Vergleich entsprechend niedriger bleiben. Dieses Bild wird durch die hohen westdeutschen Pensionen und durch die weitaus höheren Kapitaleinkommen von westdeutschen Senioren oder Altersrentnern komplettiert.

2. Gibt es ökonomische Bedingungen für einen künftigen Aufholprozess?

2.1 Zur Interpretation von "Aufholprozess"

Immer noch umrankt den Begriff "Aufholprozess" ein politischer Mythos, den *Wolfgang Thierse* im Herbst 2001 wie folgt auf den Punkt brachte: "Wer diese langfristige Aufholenden- denz als Kern eines Leitbildes aufgibt, gibt Ostdeutschland ökonomisch auf!"²⁰ Thierses Position erhebt das Leitbild vom Aufholprozess in den Rang eines *Essential* ohne politische Alternative. Dies bekräftigte seine schon zum Jahresanfang 2001 (in "Die Zeit") gestartete öffentliche Initiative – Thierses unbestreitbarer Verdienst um Ostdeutschland. Jedoch hängt er neuerdings die Messlatte für den Aufholprozess sehr niedrig: Er glaubt, dass ein nur um *ein Prozent* höheres Wachstum Ost gegenüber West ausreichen könnte, "um nennenswert aufzuholen". Es könne sogar unter 1 % liegen: "Nimmt man sinkende Einwohnerzahlen hin, kann das Wachstum geringer ausfallen." Letzteres ist nach Thierses eigener Aussage "also das, was Ökonomen als passive Sanierung bezeichnen", setzt einen merklichen Rückgang der Einwohnerzahl im Langzeitraum voraus.

Der ostregionale Aufholprozess gegenüber Westdeutschland ist ein Vorgang, für den eine mithaltende bzw. gleich hohe Wachstumsrate schlechthin nicht genügt. Er verlangt vielmehr eine *höhere* Wachstumsrate im Vergleich zu Westdeutschland bei der Kennzahl "BIP je Einwohner" (und "BIP je Erwerbstätigen"), um hierdurch eine weitere Angleichung im Niveau zu erreichen. Ein zügiger Aufholprozess besteht dann, wenn auch die absoluten Niveauunterschiede im „BIP je Einwohner“ langfristig stetig abnehmen.

Die für einen Aufholprozess *notwendige* Wachstumsratendifferenz ist um so höher, je weiter die beiden Basisniveaus im BIP je Einwohner auseinander klaffen, je höher die Zuwachsrate in dem Landesteil mit dem Entwicklungsvorsprung ist, und je kürzer der erwartete oder zulässige Aufholzeitraum dafür ist. Für den absoluten Zuwachs "BIP je Einwohner" gilt z. B. für ein Folgejahr:

$$(1) \quad Z = B * w' * 1/e'$$

[für: Z = Zuwachs BIP je Einwohner absolut
 B = BIP im Basisjahr absolut
 w' = Wachstumsrate BIP in %
 e' = Index der Einwohnerzahl]

Hiernach lässt sich errechnen, welcher absolute BIP-Zuwachs aus den Raten für Änderungen von Wachstum und Einwohnerzahl im Folgejahr erreicht wird. Für die Jahre 2000/2001 und bei unveränderter Einwohnerzahl (e' = 1,00) gilt dann konkret:

	B	W'	Z	B + Z
Westdeutschland	52.280 DM /Einw.	0,02	1.046 DM /Einw.	53.326 DM /Einw.
Ostdeutschland	31.320 DM /Einw.	0,03	940 DM /Einw.	32.260 DM /Einw.
./. Differenz	20.960 DM /Einw.	--	106 DM /Einw.	21.066 DM /Einw.

Im Falle der ostdeutschen BIP-Leistung je Einwohner von 31.320 DM (für 2000, ohne Berlin) und der westdeutschen von 52.280 DM kann also ein dreiprozentiges Wachstum Ost gegenüber einem zweiprozentigen Wachstum West keineswegs dazu führen, dass sich die *absolute* Differenz im BIP je Einwohner absehbar überhaupt verringert. Diese Differenz wächst im Gegenteil um 106 DM /Einw. im 1. Folgejahr. In diesem konkreten Beispiel ist der ostdeutsche absolute Zuwachs im BIP je Einwohner immer noch kleiner als der westdeutsche. Von einem *„nennenswerten Aufholen“* gemäss Thierses eingangs zitierter Vorstellung bei *nur einem Prozent* Mehrwachstum kann bei dieser Datenkonstellation keine Rede sein.

Bei einer Fortrechnung mit den Zuwachsraten 2 % (West) und 3 % (Ost) würde sich ergeben, dass zwar der *relative* Niveauunterschied im BIP/Einwohner von 60 % im Ausgangsjahr 2000 auf 67 % im elften Jahr (nach 2000) und auf 73 % im zwanzigsten Jahr zurückgeht, die *absolute* West-Ost Differenz jedoch von 20.960 DM BIP/Einwohner noch bis in das 10. Jahr ansteigt – auf 21.650 DM BIP/Einwohner, danach wieder leicht zurückgeht, und *erst nach 20 Jahren* zu einer Verringerung des absoluten Niveauunterschieds des Ausgangsjahres führt.

Dies bedeutet: Nur dann, wenn der westdeutsche jährliche *absolute* BIP-Zuwachs in Ostdeutschland überschritten würde, kann sich die absolute Differenz im *„BIP je Einwohner“* verringern und damit ein zügiger oder akzeptabler *„nennenswerter“* Aufholprozess vollziehen. Um eine spürbare Verringerung des absoluten Niveauunterschieds im Verlaufe von 20 Jahren zu erreichen, müsste bei einer angenommenen westdeutschen Wachstumsrate von zwei Prozent das Wachstum Ostdeutschlands *mehr* als nur drei Prozent betragen. Je höher die westdeutsche Wachstumsrate sein würde, desto größer müsste auch der ostdeutsche Wachstumsvorsprung sein.

Es lässt sich hier erkennen, dass jede Veränderung der Differenz im *„BIP je Einwohner“* dynamisch das Ergebnis in der *Differenz* der beiden Wachstumsraten sowie auch der vorliegenden Differenz ihrer absoluten Basisniveaus reflektiert. Daraus folgt zwingend, dass nur ein langfristig deutlich überflügelnder Zuwachs im absoluten *„BIP je Einwohner“* Ost bewirken kann, dass sich die beiden Ost-West-BIP-Leistungsniveaus absehbar zügig annähern.

Bedenkt man, dass ein Konjunkturabschwung stets stärker auf die ostdeutsche Dependenzökonomie zurückschlägt als auf die westdeutsche Ökonomie, so wird hierdurch eine *stetige und zügige* Angleichung nicht nur unmöglich, denn es vergeht immer wieder mehr Zeit im Osten, um aus einer *„Talsohle“* auf das alte Leistungsniveau heranzukommen. Die realen Aufholzeiten werden daher wahrscheinlich auch dann für ein merkliches Aufholen zu kurz sein, wenn in konjunkturell günstigen Zeiten ein kräftigeres Wachstum Ost auf der Basis seines wachsenden Produktionspotentials erreicht werden kann. Hinzu tritt der wichtige Umstand, dass infolge der strukturellen Bauwirtschaftskrise Ost noch für mehrere Jahre oder mittelfristig das ostregionale BIP-Wachstum deutlich abgesenkt wird.

Das IWH ²¹ hat in einer Studie zur Wachstumssimulation im Ost-West-Vergleich herausgearbeitet: Bei einer für Westdeutschland angenommenen durchschnittlichen Wachstumsrate des BIP von 1,8 % und für Ostdeutschland von 4,1 % werden zehn Jahre benötigt, um die Produktivitätsdifferenz Ost-West um 5 %-Punkte zu verringern. Dabei wurde hier davon ausgegangen, dass ein Beschäftigtenzuwachs eintritt, und damit die Zuwachsrate des BIP höher ist als die der Produktivität.

Thierse stellt das Ziel des Aufholprozesses nicht auf das Erreichen des westdeutschen Durchschnittsniveaus ab, sondern auf ein 80 %-iges Annäherungsniveau in den nächsten 10 bis 15 Jahren. ²² Aber auch diese Zielmarke ist unrealistisch bei seiner angenommenen zu niedrigen Wachstumsratendifferenz Ost-West von nur 1 %. Damit gibt Thierse unwissentlich den Aufholprozess schon dadurch preis, dass er ihn generell vereinfachend über eine zu niedrige Differenz der Wachstumsraten definiert. Indem er so die wachstumsseitigen Voraussetzungen und die Zielstellung für den Aufholprozess korrigiert, führt er den Begriff

”Aufholtendenz” ersatzweise ein, der dann schließlich auch eine ”passive Sanierung” infolge Bevölkerungsrückgang einschließt und der letztlich jeder Politik eine Art ”Schlupfloch” für ihre Erfolglosigkeit bieten dürfte.

2.2 Zum Begriff ”selbsttragendes Wachstum Ost”

Eng mit dem Vorgang ”Aufholprozess” ist als eine seiner notwendigen, aber nicht hinreichenden *endogenen* Voraussetzungen die Frage des ”selbsttragenden Wachstums Ost” verbunden. Auch hierzu ist eine Klarstellung des funktionellen Zusammenhangs geboten, die nachstehend erläutert werden soll.

Die nun schon jahrelang gängige negative Feststellung, dass in Ostdeutschland ein ”sich selbsttragendes Wachstum” immer noch nicht erkennbar ist, wird zwar von allen Ökonomen geteilt. Verstummt sind jedoch die Experten der offiziellen Wirtschaftsforschung mit einer überzeugenden Prognose für die sachlich-zeitlichen Bedingungen zum Eintritt eines ”selbsttragenden Wachstums”. Weder für die Unternehmen noch für die Länder und ihre Gebietskörperschaften oder die Ostregion insgesamt gibt es von dieser Seite fundierte differenzierte Analysen zum Eintritt in die Qualitätsstufe ”selbsttragendes Wachstum”. Ist jedoch ein ”mithaltendes” Wachstum Ost gegenüber West nicht mindestens selbsttragend, gibt es auch keinen endogenen getragenen Aufholprozess Ost – so viel dürfte klar sein.

Hier wird deutlich, dass es nicht um ein beliebiges Wachstum an sich geht, sondern um ein ganz vorwiegend oder überwiegend aus inneren Akkumulationsquellen gespeistes Wachstum des ostregionalen BIP. In diesem Sinne ist ”selbsttragend” auf der Unternehmensebene durch eine zumindest durchschnittlich hohe Rendite (im Ost-West-Vergleich) gekennzeichnet, die zu neuen Netto-Investitionen für Produktions- oder Produktivitätssteigerungen im Unternehmen bei erzielbarer eigener Markterweiterung nutzbar führen kann. Entsprechende Steuerabführungen aus der hiermit erreichten zusätzlichen Wertschöpfung führen somit potentiell die regionalen Gebietskörperschaften an ein höheres und durchschnittliches Steueraufkommen heran, das ihnen die Chancen für eine Selbstfinanzierung auch der landesnotwendigen elementaren Infrastrukturmaßnahmen zunehmend erleichtert oder sichert. Schließlich ergibt sich auch auf der Länderebene jene höhere eigene Finanzkraft (originäre Steuerkraft), die langfristig für die Verringerung der Sonder-Bundeszuschüsse (BEZ) für die investiven Endverwendungen erforderlich ist und hier auch die investive Eigenfinanzierung selbst zunehmend absichert.

Am Ende wäre jene Qualitätsstufe der eigenen Investitionsfähigkeit auf den zuvor angeführten drei Ebenen der ostregionalen Wirtschaft erreicht, die zum stetigen ”selbsttragenden Wachstumsprozess” der Region erforderlich ist. Dieser Prozess zieht sich also von ”unten” nach ”oben” durch die Vertikale der wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen bis hin zur Landesebene. Nach neuesten DIW-Daten jedoch war 1999 die Ertragslage ostdeutscher Industrieunternehmen immer noch dadurch gekennzeichnet, dass 17 % mit deutlichen Verlusten und bloß 25 % mit „akzeptablen Gewinnen“ arbeiteten. Weitere 29 % aller Industrieunternehmen in sämtlichen Besitzverhältnissen erreichten hier „geringe Gewinne“. ²³

Die Qualitätsstufe ”selbsttragendes Wachstum” besagt zwar etwas zur ausreichenden endogenen oder Eigenfinanzierungskraft, aber nichts zur erreichbaren Wachstumsrate im Vergleich zur westdeutschen. Wie schon gezeigt, erfordert ein Aufholprozess nicht irgendwelche, sondern im Vergleich zu Westdeutschland längerfristig **höhere** BIP-Wachstumsraten und damit höhere verfügbare oder einsetzbare Finanzierungskraft für industrielle Investitionen.

Damit ist das ”selbsttragende Wachstum” ein endogener Weg, um auf einen Aufholprozess objektiv hinzuarbeiten. Selbst wenn die Qualitätsstufe des ”selbsttragenden Wachstums” schon erreicht wäre, resultiert daraus nicht logisch ein völlig endogen getragener *Aufholprozess*: der würde sich erst einstellen, wenn die durchschnittlichen Rentabilitätsraten Ost auch

die westdeutschen stetig *überholen* würden, weil erst dann eine höhere Netto-Investitionsrate aus Eigenmitteln objektiv möglich wäre (wenn man von üblichen Kreditanteilen absieht).

Bekanntlich hängt auch die Kreditierung von Investitionen vom erreichten Rentabilitätsniveau der KMU ab. Es ist aber objektiv völlig unwahrscheinlich, dass sich ein ostdeutsches höheres oder überflügelndes Rentabilitätsniveau längerfristig einstellen könnte, um einen *endogenen* Aufholprozess zu ermöglichen. Wird in Ostdeutschland das durchschnittliche westdeutsche Rentabilitätsniveau erreicht, ist also bestenfalls ein endogenes "mithaltendes" Wachstum im ostregionalen Territorium objektiv möglich, das einen faktischen Aufholprozess im Trend ausschließt. In einer IWH-Studie wird daher auch hervorgehoben, dass "ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum, das jenes in Westdeutschland *übersteigt*, nicht eintreten kann. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen werden dann nämlich nur das Niveau der westdeutschen Gewinnerwartungen erreichen, aber keineswegs übersteigen, denn die Annäherung erfolgt ja von ‚unten‘. **Die gesamte Annäherung muss also von ‚außen‘ alimentiert werden.**"²⁴ (Hervorgehoben von den Autoren – K. M. und K. St.)

Im Übergang zu einem denkbaren Aufholprozess wäre also eine hohe Zuführung von überregionalen oder externen Ressourcen zwecks rascher Anhebung der Wachstumsraten Ost zwingende Voraussetzung, und zwar aus öffentlichen und privaten Quellen im Komplex. Dabei gilt zwangsläufig: je geringer die erzielte positive Differenz der innerdeutschen Wachstumsraten allein aus internen Potenzialen Ost, um so größer die objektiv erforderlichen externen Zuführungen an Ressourcen in die ostdeutsche wirtschaftszweigbezogene und territoriale Investitionssphäre privater und öffentlicher Verwendung. Solange noch kein "selbsttragendes Wachstum" in Sicht ist, bleibt eine vorschnelle Verminderung von notwendigen und ausreichend hohen investiven Transferleistungen West-Ost gleichbedeutend mit einem von vornherein zwangsläufigen *historischen Verzicht* auf den "Aufholprozess" schlechthin.

Tritt einmal künftig das "selbsttragende Wachstum" in Erscheinung, bedeutet dies zwar autonomes Wachstum im Vergleich zu Westdeutschland, aber nicht logisch schon ein höheres Wachstum für einen längeren Aufholprozess - was immer zu beachten ist.

Damit ist die methodologische und logische Grundlage für die Beurteilung der Chancen für einen "Aufholprozess Ost" umrissen. Wenn man jedoch den Begriff "Aufholprozess" von seinem spezifischen Sinngehalt trennt und jede deutlich erkennbare Aufwärtsbewegung als "Aufholen" begreift, ohne dass jemals die erheblichen Entwicklungsrückstände und die endogene Entwicklungsbremse selbst überwunden werden, dann verkommt das Wort "Aufholen" zur formelhaften "Beschwörung" oder zu bloßer Demagogie.

2.3 Was befördert ökonomisch einen zukünftigen "Aufholprozess"?

Der ostregionaler Aufholprozess setzt also voraus, dass die Vergrößerung der absoluten "Ost-West-Schere" bei der zentralen Kennziffer "BIP je Einwohner" wieder gestoppt und eine stetige Verringerung erreicht wird. Dies ist nur möglich bei einer längerfristig hinreichend höheren Wachstumsrate des BIP-Ost gegenüber dem BIP-West.

Solange noch kein "selbsttragendes Wachstum Ost" insgesamt in Sicht ist, bewirkt eine Absenkung von notwendigen und hinreichend hohen investiven Transferleistungen West-Ost von vornherein einen *historischen Verzicht* auf einen "Aufholprozess" im Leistungsniveau Ost. Diese Folgerung fußt auch auf bisherigen deutschen und internationalen Erfahrungen bei der Entwicklung rückständiger Regionen.

Ein echter Aufholprozess auf regionalwirtschaftlicher Gesamtebene ist vor allem an drei ökonomische Wirkungsrichtungen funktionell gebunden:

(1) Die *inneren Ressourcen und Potenziale* müssen über einen längeren Zeitraum in hinreichendem Umfang *durch äußere Ressourcen und Quellen vor allem für Investitionen und FuE-Kapazitäten ergänzt* werden. Dazu gehören auch weitere intensive Bemühungen zur

Ansiedlung von Großbetrieben, industriellen FuE Kapazitäten sowie "Headquarter"-Funktionen der Konzerne (in Berlin und anderen ostdeutschen Großstädten).

(2) Die verfügbaren Mittel müssen durch Effizienzerhöhung der Wirtschaftsförderung und eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und vor allem regionale Strukturpolitik koordiniert und mit einem hohen Wirkungsgrad für die Wertschöpfung eingesetzt werden. Eine innovative und ökologisch nachhaltige Strukturentwicklung, die Herausbildung und vorrangige Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Verflechtungen sowie die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, darunter besonders in der Industrie und bei hochwertigen Dienstleistungen, sind die Schwerpunkte.

(3) Die zu entwickelnde endogenen Produktionspotenziale müssen *in innovative, marktfähige Güter und Dienstleistungen und auf deren Grundlage in höhere Marktanteile umgesetzt werden*, wobei es besonders auf die Erweiterung überregionaler (Export-)Lieferungen ankommt. Auf dieser Grundlage ist eine zumindest durchschnittliche (gesamtdeutsche) Rentabilitätsrate schrittweise zu gewährleisten. Diese Markterweiterung und -eroberung wird jedoch nur bei höherer Kapitalkonzentration und in Kooperation mit leistungsstarken Partnern erfolgreich möglich.

2.4 Exogene Finanzierungsquellen und Industrieansiedlungen

Um einen neuen anhaltenden Wachstumsschub erforderlicher Dimension für einen Aufholprozess zu erzeugen, sind längerfristig höhere Investitionen in die industrielle und innovative Entwicklungsbasis Ost erforderlich, als derzeit getätigt werden. Die hierfür noch viel zu schwachen internen Finanzierungspotenziale Ost bedürfen einer größeren externen Aufstockung durch öffentliche und insbesondere private "Kapitalimporte" vorrangig auch für die innovativen Bereiche der Industrie.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Einwerbung von ausländischen Investoren sind enttäuschend und insgesamt eher marginal. Die vom IIC ("Industrial Investment Council" für die Neuen Bundesländer) erstmals akquirierten ausländischen Investitionsvorhaben zwischen 1998 und September 2001 für die ostdeutsche Region belaufen sich auf insgesamt 77 Projekte mit einer Investitionssumme von 6,7 Mrd. DM, oder rund 1,8 Mrd. DM jährlich. Ihre Größenordnung betrug damit in dieser Zeit weniger als 1 % der jährlichen Gesamtinvestitionen der neuen Bundesländer und nur ca. 5 % der jährlichen Investitionen im produzierenden Gewerbe Ost.

Zwischen 1992 und 1995 lag der Anteil westdeutscher und ausländischer Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Ost lt. ifo-Angaben zwischen 60 und 65 %. Dieser Anteil ging jedoch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zurück. Bei zu geringen regionalen Re-Investitionen dieser Unternehmen erfolgt ein Gewinntransfer in die Spitze der Konzernzentralen, der einer notwendigen ostregionalen "neuen Investitionswelle" verloren geht.

Der Höhepunkt der Investitionen in neue Anlagen in Ostdeutschland wurde 1995 erreicht. Danach sind die Investitionen insgesamt und auch im Verarbeitenden Gewerbe von Jahr zu Jahr zurückgegangen, während sie in Westdeutschland noch bis zum Jahre 2000 gestiegen sind. Dadurch verringerte sich der Anteil Ostdeutschlands an den Investitionen Deutschlands von 1995 bis 1999 insgesamt von 25,7 % auf 21,9 % und im Verarbeitenden Gewerbe von 23,0 % auf 15,3 %.

Die Einwerbung von neuen westdeutschen Investoren in die ostdeutsche Industriebasis stößt immer noch fallweise auf deren Konkurrenzabwehr oder scheitert an ausreichenden West-Kapazitäten auf den insgesamt schon besetzten Absatzmärkten sowie auch am noch zu schwachen einheimischen Innovationspotenzial der KMU. Das Lohnniveau in Ostdeutschland ist erklärter Weise kein Hemmnis für Direktinvestitionen, die in hochproduktiven Anlagen bestehen und kostengünstige Fertigung bedingen.

Die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für einen neuen Entwicklungsschub externer Direktinvestitionen im Industriebereich in den neuen Bundesländern sind subregional weder gleichmäßig verteilt noch ausreichend günstig. Wird dem nicht durch eine gesamtwirtschaftliche Politik und eine neue Qualität regionaler Strukturpolitik in Verbindung mit einer effizienteren, die KMU und die Herausbildung von Unternehmensnetzen unterstützende Wirtschaftsförderung entgegengewirkt, bleiben die noch vorhandenen Chancen für einen Aufholprozess Ost ungenutzt.

2.5 Endogene Entwicklungspotenziale in Ostdeutschland

Es ist kein Zufall, wenn in letzter Zeit der Blick der Politiker sich auffällig fast nur noch endogenen Entwicklungspotenzialen der ostdeutschen Region zuwendet. Die daraus abgeleiteten internen Chancen werden in dem Maße gleichsam "beschworen", in dem die Politiker und ihre Experten wegen der "gescheiterten Transformation" (*Sinn*) erheblich verunsichert sind.

Die endogenen Potenziale in Ostdeutschland werden sich nicht im Selbstlauf entfalten. Für ihre Nutzung ist zumeist jener hohe Eigenkapitalvorschuss in den Wertschöpfungsbereich notwendig, den die ostdeutschen KMU absehbar nicht erwirtschaften können und der nur zögerlich und unterdimensioniert als externer Kapitalstrom bzw. über Direktinvestitionen in die Region gelangt. Die restriktive Gewährung von Bankkrediten an ostdeutsche KMU wirkt noch zusätzlich investitionshemmend. Entscheidend bleiben negative Rahmenbedingungen, die diesen Kapitalzustrom vermindern bzw. behindern – eine generelle Herausforderung an die regionalisierte Wirtschaftspolitik unter EU-Bedingungen.

Zu den nutzbaren Potenzialen der ostdeutschen Region gehören insbesondere qualifizierte und motivierte Fachkräfte, die FuE-Kapazitäten betrieblicher, überbetrieblicher und universitärer Einrichtungen sowie die Bedingungen für die Aus- und Weiterbildung. Nach der radikalen "Abmagerungskur" in der THA-Ära ist der produktionsnahe FuE-Sektor in der Region erst wieder im Aufbau und benötigt weiterhin besondere Förderung, um den Anforderungen innovativer Produkt- und Verfahrensentwicklungen insbesondere für den überregionalen Markt zu genügen.

Nach den Erfahrungen der alten Bundesländer können Ansiedlung und Ausbau von Universitäten und Fachhochschulen wesentlich zur Erhöhung der Attraktivität von Standorten für innovative Produktionen und Dienstleistungen beitragen. Es sollte angestrebt werden weitere Fachhochschulen in einigen Städten mit größerem Entwicklungspotenzial zu gründen, die Kapazitäten vorhandener Universitäten und Hochschulen zielgerichtet zu vergrößern, und durch ein hohes Niveau der Lehre und Forschung die Attraktivität für die Studierenden zu stärken. Dadurch müsste es gelingen, noch bestehende Rückstände in der Anzahl der in Ostdeutschland Studierenden je 1000 Einwohner zu verringern, und mehr Studenten zu immatrikulieren, die aus den alten Bundesländern und anderen Ländern kommen. Diese Aufgabe gewinnt speziell mit der EU-Osterweiterung an Bedeutung.

Das Potenzial gebildeter, qualifizierter und motivierter Menschen hat sich in den letzten Jahren u.a. durch Abwandern, Langzeitarbeitslosigkeit, Mini-Jobs, Überalterung, Qualitätsverluste der Schulbildung, Schwächung der Hochschullandschaft verringert.

Die Vorteile der "Cluster"-Bildung und der inneren Vernetzung in den innovativen Forschungs- und industriellen Verdichtungscentren rücken immer stärker in den Blickpunkt, wozu auch zunehmend die Beziehungen zu den Ausbildungsstätten der Berufs- und Hochschulbildung gehören. Die Ansiedlung oder der Neuaufbau von komplettierenden Dienstleistern für den Ausbildungs-, Forschungs- und Industriesektor führt zu einer engen Kooperation und synergetischen Wachstumseffekten.

Deutliche Wachstumschancen werden durch eine regionale und subregionale Stoff-Kreislaufwirtschaft mobilisierbar, die zum Abbau von einseitigen West/Ost- Liefer- und Kooperationsketten beitragen und die endogenen Impulse erhöhen kann. Einbezogen ist hierin

die aus ökologischen und auch aus Kostengründen günstige Reduzierung von langen Transportwegen.

Wesentliche Impulse können von der Erhöhung des überregionalen Absatzes, insbesondere der Exporte, an der regionalen Wertschöpfung ausgehen. Dies gilt insbesondere für die Vergrößerung des Anteils innovativer Produkte und Dienstleistungen an der Wirtschaftsleistung, die Träger einer dynamischen Exportentwicklung sein können. Zunehmende Bedeutung gewinnt die grenzübergreifende Kooperation mit Partnern aus den EU-Beitrittsländern.

2.6 Verteilungsseitige Aspekte der Lohn- und Einkommensentwicklung

Kann die Lohn- und Einkommensentwicklung in Ostdeutschland die regionalen faktischen Wachstumsraten direkt beeinflussen? Folgt man den offiziellen Wirtschaftsforschern, hat insbesondere die dringend empfohlene "Lohnzurückhaltung" positive Effekte für die Beschleunigung des Wachstums: resultierende Mehrgewinne sollen zu erhöhten Nettoinvestitionen führen. Dieser Effekt ist aber keineswegs zwangsläufig, solange Anlagen auf dem Kapitalmarkt über hohe Renditen mit den Gewinnerwartungen aus Realinvestitionen erfolgreich konkurrieren.²⁵ Andererseits kann auch bei einer Erhöhung der konsumtiven Verwendung aller Einkommensarten, z. B. einschließlich der Gewinne und der Sozialeinkommen, infolge der Kaufkraftzunahme für den Binnenmarkt ein messbarer Wachstumseffekt erwartet werden.

Dies führt zur Rolle der Verteilungspolitik des Volkseinkommens, insbesondere zur Lohn- und Gewinnquote, sowie zur staatlichen Abgabenquote. Diese Quoten sind stets auch Teil der effektiven Gesamtnachfrage, aber in unterschiedlicher Verfügung und damit auch Endverwendung. Verschiebungen in der Quotierung spiegeln sich in den Veränderungen der volkswirtschaftlichen Relationen zwischen Netto-Investitionen und Konsumtion wider, wodurch die Wachstumsrate letztlich direkt beeinflussbar wird.

Aus makroökonomischer Sicht lässt sich ableiten, dass jede Lohnsteigerung "exakt gemäß dem Produktivitätsfortschritt" nicht dazu führen kann, die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gewinnquote gegenseitig zu verändern. Damit entfallen auch hiervon direkt abhängige Veränderungen der Rentabilitätsrate und der endogenen Investitionsfähigkeit. Für die ostdeutsche Region bedeutet dies, dass "exakt produktivitätsgemäße Lohnsteigerungen" eine hier partiell noch vorhandene *überdurchschnittliche* Höhe der Branchen-Lohnstückkosten sowie eine entgegengesetzt *unterdurchschnittliche* Höhe der Branchen Stückgewinne und letztlich auch deren Rentabilitätsraten nicht "normalisieren" oder angleichen. Damit wird ostregional die eigene Investitionsfähigkeit potenziell gebremst und damit bereits eine "mithaltende" Wachstumsrate Ost *allein* aus *endogenen* Finanzierungsquellen behindert.

Es ist dies also der nachwirkende "Basiseffekt" der seit 1991 noch nicht geschlossenen Schere in den Lohnstückkosten im Ost-West-Vergleich, der hier seine Konsequenzen hat. Dies lässt die Tarifpolitik einer "dem weiteren erreichten eigenen Produktivitätsfortschritt exakt folgenden Lohnsteigerung Ost" nicht als adäquat erscheinen - *sofern* man vorwiegend oder fast ausschließlich auf die höheren endogenen Stückgewinne abhebt. Allerdings existieren hier auch deutliche Differenzierungen zwischen den Wirtschaftssektoren und Zweigen/Branchen.

Jedoch würde ein Erreichen der westdeutschen Lohnstückkosten nicht automatisch den endogenen Aufholprozess einleiten. In der schon zitierten IWH-Studie wird daher hervorgehoben, dass danach zunächst "stabiles Stady-State-Gleichgewicht bei Investitionen, Ersparnissen, Arbeitsproduktivität und gegebenem Einkommensunterschied erreicht wird. Auch dann werden weitere 'Transfers' oder von Westdeutschland alimentierte Investitionen in Ostdeutschland notwendig sein, es sei denn es gelänge, die Lohnstückkosten unter das westdeutsche Niveau zu senken, d.h. faktisch in eine Situation realer Unterbewertung zurückzukehren. Dies ist allerdings keine realistische Option."²⁶

Andrerseits bildet eine "produktivitätsgemäße Lohnsteigerung Ost" immer einen spürbaren Schub zur höheren Massenkaufkraft und damit zur binnenwirtschaftlichen Konsumnachfrage. Bei noch differenziert höheren Lohnstückkosten Ost aber schließt dies ein, dass auch kostengünstigere "Westimporte" konkurrierend einströmen und sich daher die Eigenleistung Ost im volkswirtschaftlichen Sinne tendenziell nur schwächer entwickeln kann. Die Ambivalenz dieser Sachlage ist offensichtlich und befördert regionalpolitische Brisanz. Die Tarifpolitik wird hierauf erfahrungsgemäß mit Kompromisslösungen reagieren, die aus dem Kräfteverhältnis der Tarifpartner folgen.

Hinsichtlich des "ökonomischen Nutzens" einer Auflösung der Flächentarifverträge für Ostdeutschland gilt: sie könnte ohnehin nur in jenem schon verringerten Bereich wirksam werden, in dem die Unternehmen noch tarifgebunden sind und diese Tarife auch überwiegend durch die faktischen Einstufungen der Beschäftigten arbeitsvertraglich realisieren. Nach offiziellen Angaben sind derzeit ca. 75 % aller ostdeutschen Unternehmen nicht in Flächentarifverträge einbezogen. Dieser Sachverhalt bewirkt, dass ein nichttariflicher Niedriglohnanteil in Branchen und Unternehmen existiert, der die ostregionale Wirkung aller Flächentarifverträge auch lohnpolitisch aushöhlt.

Ein Tarifvertrag erzielt die ambivalente Wirkung, dass er seine eingebundenen Unternehmen in eine Gruppe mit übertariflichen Entlohnungschancen infolge von überdurchschnittlicher Rentabilität und in eine Gruppe mit unterdurchschnittlicher Rentabilität als Folge allein der festgelegten Tariflohnhöhe differenziert. Der Marktwettbewerb sorgt dann für "Sieger und Verlierer" auch innerhalb eines Zweigtarifs – Sieger können höhere Effektivlöhne auch außertariflich zahlen. Im Nachteil bleiben all jene "zu schwachen" Unternehmen, deren Marktkraft und individuelle Rentabilität einen höheren Produktivitätsanstieg vorerst verhindert. Eintretende Illiquidität infolge von Konjunkturkrisen treibt solche "Verlierer" oft in die Insolvenz und fegt sie vom Markt. Das Verlierer-Risiko ist hier für tarifgebundene, aber an Eigenkapital zu schwache oder "Cash- arme" KMU der ostdeutschen Region besonders hoch. Entsprechend niedrig bleibt deren freiwillige tarifvertragliche Einbindung.

Urteilt man nach den Kriterien einer *überwiegend endogen* finanzierten Wachstumsdynamik für Ostdeutschland, dann sind allerdings solche Tarifvereinbarungen zu bevorzugen, die auch für immer noch leistungsschwache KMU-Unternehmen in ihrer Mehrzahl eine zumindest durchschnittliche Rentabilitätsrate erreichen lassen. Jede andere Politik würde die schwache industrielle Basis Ost schädigen – und eine "sich selbsttragende Entwicklung" aus dieser Basis heraus verhindern. Die echte Alternative bestünde wiederum in der zu schaffenden Voraussetzung für hinreichende Zufuhr von *exogenen Ressourcen in die Region zwecks forciertem Wachstum für den Perspektivzeitraum*.

2.7 Öffentliche Verschuldung und ostdeutsche Finanzierungsgrundlagen

Die öffentliche Verschuldung der ostdeutschen Länder und ihrer Gebietskörperschaften ist in den neunziger Jahren rasant gestiegen und hat Juni 2001 bereits die enorme Summe von 143 Mrd. DM (73 Mrd. €) mit jährlichen Zinsbelastungen von fast 9 Mrd. DM (rund 4,5 Mrd. €) erreicht. Die derzeitigen Zinslasten der ostdeutschen Länder und Kommunen erreichen das bestehende Volumen der jährlichen EU-Zuschüsse aus den Strukturfonds. Bei stagnierenden oder rückläufigen Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt steigt die Zins-Steuerquote tendenziell weiter an und schränkt den wirtschafts- und finanzpolitischen Spielraum der meisten ostdeutschen Länder und Kommunen stark ein.

Der mittelfristig anvisierte Abbau der jährlichen Netto-Neuverschuldung zwingt zusätzlich zu harten Rückführungen der staatlichen Ausgaben, wovon insbesondere die sozialen Leistungen und Investitionen auf Länder- und kommunaler Ebene Ost betroffen sind. Es ist abzusehen, dass die öffentliche Wirtschaftsförderung der Länder und Kommunen in allen Formen einem zunehmenden "Sparzwang" ausgesetzt sein wird und sich absolut stark verringern wird.

Die künftigen Entwicklungschancen Ost werden maßgeblich nach 2005 durch die externe Finanzierung nach dem "Solidarpakt II" beeinflusst. Die Festschreibung von insgesamt 200 Mrd. DM (102 Mrd. €) Transfers für Infrastrukturinvestitionen über 15 Jahre bis 2019 sowie eine Kann-Regelung von zusätzlich ca. 100 Mrd. DM (51 Mrd. €) Wirtschaftsförderung des Bundes (nach jährlich neuer Bewilligung) führt dazu, dass pro Jahr durchschnittlich höchstens 20 Mrd. DM (10,2 Mrd. €) für Investitionen zur Verfügung stehen. Dies sind nur zwei Drittel der z. Z. gezahlten Jahreszuführungen, bei denen künftig auch kein Inflationsausgleich für die langfristig absehbaren beachtlichen Preissteigerungen vorgesehen ist. Dabei ist vereinbart, diese Zuweisungen ab 2008 rasch zu senken. Gleichzeitig ist bei Fortführung der neoliberal geprägten Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ein Wegfall oder mindestens eine stark degressive Entwicklung der bisherigen Strukturfondszuweisungen der EU an Ostdeutschland ab 2006 zu erwarten.

Wichtig bleibt der fehlende Kontext zwischen der Rückführung der Transfers und einer ab 2005 erwarteten bzw. erreichten höheren Eigenleistungsfähigkeit der ostdeutschen Region, deren Zuwachs nicht erkennbar veranschlagt wurde. Damit fehlt für die gesenkte und differenzierte Zuführung der Jahrestransfers ab 2008 der objektive realwirtschaftliche Bezug. Außer Betracht blieb anscheinend auch die absehbare Wirkung der künftig einsetzenden "demografischen Falle" Ost. Seitens einiger Wirtschaftsforscher wurde bereits Skepsis wegen der degressiven Höhe der Jahreszuweisungen und ihrer Endbefristung geäußert.

Die regionale Wirtschaftsförderung durch den Bund ("Gemeinschaftsaufgabe") ist derzeit und mittelfristig für Ostdeutschland im privaten Sektor der Wirtschaft rückläufig und speziell im innovativen industriellen Bereich von zu geringem Gesamtvolumen. Von daher ist es äußerst abträglich, wenn für die industrielle Wertschöpfung die direkte Wirtschaftsförderung mittels Sonder-Bundeszuweisungen ab 2005 als staatliche Kann-Maßnahme erfolgt, deren Umfang künftig jährlich neu gemäss Solidarpakt II ausgehandelt werden muss.

2.8 Folgen von Abwanderung sowie "demografischer Falle" Ost

Über die wieder ansteigenden Abwanderungsverluste sowie einer später drohenden "demografischen Falle" Ost ²⁷ gibt es zunehmende Unruhe in der ostdeutschen Bevölkerung und Unsicherheit in deren Artikulation durch die Politik. Das schlichteste Argument der Politik zur derzeitig wieder zunehmenden Abwanderung lautet, dies sei ein Zeichen "erfreulicher Mobilität der ostdeutschen Jugend bei der Jobsuche". Die offizielle Wirtschaftsforschung bewertete bis zuletzt die ansteigenden Abwanderungsverluste als nicht bedrohlich.

Eine differenzierte Analyse der saldierten Abwanderung nach Westdeutschland belegt, dass sich subregional sehr spürbare Größenordnungen mit anwachsender Tendenz vor allem bei den jüngeren Berufsjahrgängen nachweisen lassen. In einigen Städten Thüringens wird dieser Verlust bereits als dramatisch empfunden. In Sachsen verlassen bereits große Teile der Berufsanfänger-Jahrgänge das Land. Sachsen-Anhalt hat 2000 einen Einwohnerrückgang infolge von Wanderungssaldo und Geburtendefizit von 33.362 Bürgern lt. Landesstatistik zu verzeichnen, etwa in der Größenordnung der Stadt Bernburg.

Auf Kritik stößt die Förderung der Jobsuche nach Westdeutschland durch die Arbeitsämter, deren Eigeninteresse auf eine Minderung der Arbeitslosenrate gerichtet ist. Auch die Landespolitik gerät in die widersprüchliche Situation zwischen dem positiven Aspekt von weniger arbeitsloser Berufsanfängern und der Schwächung der regionalen Potenziale für die perspektivische Wirtschaftsentwicklung.

Lange hat die Politik diese Spätwirkungen aus der öffentlichen Debatte verdrängt, obwohl die demografische Forschung frühzeitig warnte. Manche sahen zweifellos darin die bequeme Lösung für einen radikalen Abbau der ostdeutschen Unterbeschäftigung ab 2008/2010 und eine dadurch mögliche weitere "passive Sanierung" der volkswirtschaftlichen Minderleistung je Einwohner.

Bis zum Jahre 2020 wird derzeit der ostdeutsche Bevölkerungsrückgang insgesamt um nochmals eine Million gegenüber dem Jahre 2000 (13,9 Mio. ohne Berlin) prognostiziert. Die Abwanderungsverluste haben in Verbindung mit dem aktuellen Sterbeüberschuss sowie dem einsetzenden Bevölkerungsrückgang infolge des drastischen Geburtenausfalls nach 1990 aktuelle und künftig noch zunehmende Rückwirkungen auf regionale oder kommunale Wohndichten Ost. Daraus ergibt sich eine stetige geringere Nutzung kommunaler bzw. lokaler Einrichtungen und Dienste, des Nahverkehrs, des lokalen Wohnungsbestandes, der Kinder- und Bildungseinrichtungen sowie der außerberuflichen Fortbildungskapazitäten. Die mit dem Bevölkerungsrückgang zunehmend verbundene Verminderung der lokalen Kaufkraft vermindert den regionalen gewerblichen Umsatz an Waren und Dienstleistungen, führt zum Verlust an Arbeitsplätzen, zu Unternehmensinsolvenzen und hemmt letztlich direkt die Produktivitätsentwicklung.

Während die jetzt steigenden Abwanderungsverluste aus einer unzureichenden Aufnahme-fähigkeit des ostdeutschen Arbeitsmarktes und der ost-westdeutschen Lohndrift resultieren, ändert sich ab 2006/2008 wiederum diese Lage dramatisch mit Eintritt in die "demografische Falle Ost". Diese "Falle" ist durch die rapide zunehmende Unterbesetzung der Berufseinsteiger-Jahrgänge um 2006/2008 im Vergleich mit der höheren Zahl der aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Altenjahrgänge bestimmt. Die Folge des außerordentlichen Geburtenrückgangs Ost ist eine länger andauernde Deformation im regionalen Lebensaltersbaum und präsentiert seine Kehrseite ab 2008 mit diesen fatalen Spätwirkungen für den Arbeitsmarkt Ost.

Die "demografische Falle" wird absehbar stark negative Wirkungen in vielen Regionen Ostdeutschlands hervorrufen, wenn sich die resultierende Berufsaltersstruktur nachhaltig deformiert. Aus zu schwachen Berufsjahrgängen folgen schwache Jahrgänge im Nachwuchs, die den Bedarf nach qualifizierten Fachkräften zunehmend nicht lokal decken können. Probleme wird es auch dadurch geben, dass in den nächsten Jahren ein größerer Teil der ostdeutschen Unternehmer und Führungskräfte aus Altersgründen das aktive Erwerbsleben beendet. Die Spirale im Bevölkerungsrückgang dreht sich weiter. Die Überalterung der verbleibenden Wohnbevölkerung nimmt in Ostdeutschland weit stärker zu als in anderen EU-Regionen.

Ostdeutschland droht schon jetzt, aber verstärkt ab 2010 ein längerfristiger "Rückbau" humanitärer bzw. sozialer Einrichtungen der Infrastruktur, die sich dem aktuellen lokalen Bevölkerungsstand anpassen werden. Die Verödung von einzelnen Wohngebieten, Städten und Subregionen wird zunehmen. Die lokalen Märkte schrumpfen. Damit werden sich auch die *endogenen* Chancen für eine weitere ökonomische Annäherung an die westdeutsche BIP-Leistungskraft verschlechtern, weil der einsetzende kommunale "Rückbau" erhebliche Anteile jener Finanzausweisungen in Abriss- und Umgestaltungskosten bindet, die sonst in den gewerblichen Wertschöpfungsbereich fließen würden.

Gegenläufige Tendenzen entstehen durch begrenzte Zuwanderung aus den künftigen EU-Osterweiterungsländern, die hohe Anstrengungen zur arbeitmarktseitigen und kommunalen Integration der Zuwanderer erfordern dürfte. Auf lange Sicht (ab 2030) wird aber auch hierdurch die Alterstruktur Ost nicht sehr wesentlich verjüngt, wie jüngste Prognosen besagen.

2.9 Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland

Mit einer sicheren Prognose der Folgen der EU-Osterweiterung speziell für Ostdeutschland kann nicht gerechnet werden. Früher hatten sich auch Voraussagen der EU-Behörden zu den Effekten der Schaffung des EU-Binnenmarktes als irrig erwiesen. Fest steht jedoch, dass die beiden Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt (grenzen nicht an Beitrittsländer) von den erhöhten Fördermitteln zur Vorbereitung der deutschen direkten Grenzgebiete auf die EU-Osterweiterung nichts erhalten werden.

Unwägbare erscheinen gegenwärtig die Folgen für die EU-Beitrittsländer aus den derzeitigen Produktivitätsunterschieden zur bisherigen EU-Kernzone bei der vorgesehenen Ausdehnung der EU- Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik auf diese Länder. Forderungen nach ei-

ner Re-Nationalisierung der Wirtschaftspolitiken im EU-Raum sind ein Ausdruck dieser erhöhten Unsicherheiten. Die ostdeutsche Region nimmt hinsichtlich der Produktivitätsunterschiede eine Mittellage in diesem Kontrastgefälle ein.

Unabhängig hiervon, bringt die EU-Osterweiterung eine Art erweiterter "Freihandelszone" mit Chancen für ostdeutsche Unternehmen zur Erweiterung von Marktanteilen und für beiderseitige Marktkooperationen, die expansive Tendenzen in der Kapazitätsauslastung oder -erweiterung begünstigen oder zulassen. Ob diese Chancen nutzbar werden, hängt von der Kapitalkraft und Marktdurchdringung jener Unternehmen ab, die vorwiegend für den überregionalen Absatz tätig sind, von der Nutzung der Möglichkeiten für eine neue Stufe umfassender Kooperation und Arbeitsteilung sowie davon, wie sich die regionale und überregionale Wirtschaftspolitik auf die neuen Bedingungen einstellen. Die Kreditgewährung deutscher Banken ist gegenüber den KMU weiterhin an deren sichere Gewinnerwartungen und Cash gebunden.

Die ostdeutschen KMU sind trotz der regionalen Nähe keineswegs von vornherein gegenüber den westdeutschen und ausländischen Marktkonkurrenten im Vorteil. Ihre Wettbewerbssituation ist vielmehr im Vergleich zu den größeren und stärkeren westdeutschen Unternehmen durch Nachteile und Risiken gekennzeichnet.

Es gilt zu verhindern, dass Ostdeutschland bloß zu einer "Transitregion" zwischen Westeuropa und den neuen EU Mitgliedern wird. Die strukturpolitischen Anstrengungen sollten darauf gerichtet werden, dass sich Ostdeutschland zu einem "Verflechtungsraum" zwischen den bisherigen und den neuen EU Mitgliedern entwickelt, der innovative Erzeuger und Dienstleister anzieht.

2.10 Zusammenfassende Bewertung der komplexen Entwicklungschancen

Zweifellos hat Ostdeutschland reale Chancen für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum bei allmählicher Minderung von strukturellen Defiziten und zunehmender Nutzung seiner endogenen Potenziale. *Die Frage ist also nicht, ob es ein weiteres Wachstum geben wird, sondern ob und wie das effektive Wachstum relativ das innerdeutsche Leistungsgefälle reduzieren und zum wirklichen Aufholen führen könnte.*

Auch eine mit Westdeutschland nur "mithaltende" Wachstumsrate im "BIP je Einwohner" ist nur dann möglich, wenn dafür weiterhin die erforderlichen Anteile an exogenen Ressourcen eingesetzt werden könnten. Das Ziel eines "selbsttragenden Wachstums" auf Unternehmensebene aber ist noch nicht erreichbar, solange die ostdeutschen Rentabilitätsraten mehrheitlich oder im Durchschnitt unzureichend für das erforderliche hohe Investitionspotential sind. "Selbsttragendes Wachstum" deutet zwar auf die endogenen Finanzierungsquellen hin, besagt jedoch weder ein im Ergebnis schon "mithaltendes" noch etwa ein "überholendes Wachstum" – letzteres ist charakteristische Vorbedingung für den komplexen "Aufholprozess Ost".

Dieser nüchterne Befund ist infolge der existenten Strukturdefizite Ost nicht überraschend, wohl aber in der hier expliziten Formulierung desillusionierend, speziell für alle, die mit dem Begriff "Aufholjagd" immer noch politisch hausieren gehen möchten, ohne jedoch imstande zu sein, eine solche "Jagd" aktiv herbeizuführen. Die Zeit ist reif, den objektiven Möglichkeiten ehrlicher entgegen zu treten.

3. Künftiger "Entwicklungspfad Ost"

Der erreichte Stand, die strukturellen Hemmnisse sowie die weiterhin stagnierenden Tendenzen der Ost-West-Angleichung geben neuen Anlass zu nüchterner Wertung der Perspektiven auch seitens der Politik. Die für die bisherige und zukünftige Entwicklung entscheidenden Faktoren sind seit mehreren Jahren übersehbar. Gegenwärtig werden die hiermit verbundenen Probleme, der dringliche Handlungsbedarf und die Konsequenzen jedoch von der offi-

ziellen Politik verschwiegen und in den Hintergrund gedrängt. Eine offene kritische Auseinandersetzung hierüber wird regierungsseitig nicht toleriert und politisch zumeist verketzert und ideologisch behindert. Typisch ist in diesem Sinne auch, dass der Sachverständigenrat und die sechs Wirtschaftsforschungsinstitute ihre im Herbst 2001 vorgelegten getrennten Gutachten ohne gesonderte Gesamt-Prognosen und Zielabschätzungen für den "Aufholprozess Ost" belassen haben und Ostdeutschland dort nur marginal behandeln.

Dies sieht man z. B. am letzten Jahresgutachten des "Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (SVR). Gab es im vorletzten Gutachten 2000/01 noch ein Kapitel, das sich mit der Überschrift "Ostdeutschland. Zuversicht ist begründet", als kapitale Fehleinschätzung erwiesen hat, so wird im jüngsten Gutachten auf eine Auseinandersetzung hiermit verzichtet, indem die ostdeutsche Unterentwicklung fast völlig aus den Betrachtungen verbannt wird. Die sechs Forschungsinstitute ihrerseits brachten in ihrem gemeinsamen "Herbstgutachten 2001" ganze 18 Zeilen Text und eine Tabelle zu Ostdeutschland.²⁸

Der offizielle "Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2001" ist schönfärberisch und geht zum großen Teil an den realen Problemen vorbei, wenn es dort zusammenfassend heißt: "Die sektorale Zusammensetzung von Produktion und Beschäftigung nähert sich allmählich der für eine moderne, industriell geprägte Wirtschaft typischen Struktur. Die Weichen für den weiteren Entwicklungsprozess der ostdeutschen Wirtschaft sind damit in die richtige Richtung gestellt."²⁹ Zumindest wird hier übergangen, dass nicht nur eine geeignete Struktur, sondern auch ein ausreichendes Niveau der industriellen Produktion die Basis "sich selbst tragender Entwicklung" bilden, wobei nicht nur die "richtige Richtung", sondern auch hinreichende Wachstumspotenzen von ausschlaggebender Bedeutung sind.

3.1 Alternative Entwicklungspolitik Ost verpasst

Die Vorschläge aus der "Memorandum-Gruppe" für eine alternative Struktur- und Entwicklungspolitik gegenüber dem "ostdeutschen Beitrittsgebiet" zur Bundesrepublik fanden in den mehr als zehn zurückliegenden Jahren keinen Eingang in die praktische Politik. Die Wirksamkeit dieser Vorschläge wurde aus allen möglichen Gründen nicht praktisch erprobt. Auch einige kritische Vorschläge aus der institutionellen Wirtschaftsforschung fanden keinen oder erst sehr verspäteten Eingang in die Praxis, wie z. B. bei der Förderpolitik. Die rot-grüne Bundesregierung hat in den zurückliegenden mehr als drei Jahren ihrer lautstark verkündeten "Chefsache Ost" keine durchgreifende Veränderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik gegenüber der ostdeutschen Unterentwicklungsregion in Angriff genommen. Im Gegenteil, die Sparpolitik des Finanzministers hat die für Ostdeutschland einsetzbaren Fördermittel weiter eingeschränkt, speziell die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung (GA-Mittel).

Die auf Landesebene verlagerte regionale Strukturpolitik kann die Restriktionen der Finanzierung-, Genehmigungs- und Kontrollverfahren aus Bundes- oder EU-Kompetenzen nicht umgehen. Die offiziellen Rahmenbedingungen sind folglich nicht nur generell suboptimal, sondern eher entwicklungshemmend als -forcierend. Demzufolge ist die staatliche Förderpolitik für den gewerblichen Wertschöpfungsbereich Ost zunehmend auf die Nutzung von endogenen Potentialen aus- oder zurückgewichen. Die Ansätze für eine erfolgreiche Einwerbung externer Investoren verharren insgesamt auf Niedrigniveau und sind eng begrenzt. Die Erwartung von der Wiederbelebung der stagnierenden "Aufholjagd Ost" verfliegt, soweit letztere nicht - begrifflich entleert - bloß der Stützung von Hoffnung dient oder in Demagogie verfällt. Selbst der öffentlich gefeierte "Solidarpakt II" knüpfte nicht mehr an ein erkennbares bzw. erreichbares "Aufholen" in der Wertschöpfung Ost an.

In den letzten Jahren sind mehrere kritische Veröffentlichungen zur Perspektive Ost erschienen, die von besorgten Politikern und Experten stammen und in tiefgehenden Analy-

sen die Chancen für die Zukunft erörterten.³⁰ Aus ihnen wird deutlich, dass die weitere Stagnation im Aufholprozess Ost letztlich zu faktisch generationslangen oder letztlich unbefristeten Transferzahlungen für das ostdeutsche Territorium infolge der weiter bestehenden großen Ost-West-Unterschiede im "BIP je Einwohner" führen würden.

3.2 Begrenztheit der bisherigen Fördermaßnahmen der Wirtschaftspolitik

Die ostdeutsche Praxis trennt den Umfang von staatlichen Fördermaßnahmen im öffentlichen Infrastrukturbereich deutlich von demjenigen in den privaten Wirtschaftszweigen insgesamt. Erstere werden im Zuge der Verbesserung der "Standortqualität" bevorzugt. Letztere bleiben einerseits deutlich hinter den hochgestellten Erwartungen zurück. Andererseits mindern oftmals zunehmende "Mitnahmeeffekte" auf Unternehmensseite den sinnvollen Mitteleinsatz fallweise sogar dramatisch. Die offizielle Wirtschaftsforschung plädierte längst für die konsequente Abnabelung von der "ostdeutschen Subventionsmentalität", findet aber gleichzeitig keine Stimulation oder Kompensation für die noch zu geringe Neuansiedlung bzw. Neugründung innovativer Unternehmen.

Zweifellos hat die Praxis auch gezeigt, wie stark die Stabilisierung und Neugründung von ostdeutschen Unternehmen von der staatlichen Förderung abhängt – ohne diese würden die Zugänge erheblich hinter den Abgängen in der Gewerbestatistik zurückbleiben. Im Einzelfalle bleibt es der Bürokratie überlassen, zwischen den Antragstellern für direkte Fördermittel zu entscheiden und damit die zwangsläufige Marktdifferenzierung der privatisierten sowie auch der neuen Unternehmen zu beschleunigen.

In Ostdeutschland wurde in den zurückliegenden Jahren in den einzelnen Ländern der Schwerpunkt der Förderung entweder auf großindustrielle Investoren oder auf die kleineren oder kleinsten Unternehmen gelegt, je nach vorliegenden Projekten westdeutscher und ausländischer Investoren sowie Einfluss von Parteien und regionaler Lobby. Dementsprechend unterscheidet sich in den Ländern der Besatz mit kleingewerblichen Neugründungen deutlich. Ebenso gab es früh unterschiedliche Konzepte für eine mehr subregionale Förderung nach Flächenprinzip oder für eine Konzentration auf Ballungsgebiete mit höherer Wertschöpfungsdichte (Wachstumspole). Letztlich zeigte sich, dass die verfügbaren Fördermittel häufig unterschiedlich abgerufen wurden, was u.a. auf die rigorosen Restriktionen einer geteilten oder Ko-Finanzierung zurückgeht und die unterschiedliche Finanzkraft der Länder ebenso widerspiegelt wie deren Politikunterschiede.

Die wechselnden Komponenten der Fördermaßnahmen im Gewerbesektor haben dennoch ihre aktivierende Funktion schon weitgehend erschöpft oder sind an die jeweiligen regionalen Finanzierungslimite gestoßen. Inzwischen hat ein Differenzierungsprozess nach "Siegern" und "Verlierern" eingesetzt, der den Betriebsbestand in allen Umsatzgrößengruppen wieder reduziert oder gefährdet, weil er nicht durch Neugründungen ausgeglichen wird. Insofern setzt damit ein Marktbereinigungsprozess ein, der das extensive Wachstum im Industriebesatz Ost (Neu- und Erweiterungsinvestitionen ins Produktionspotenzial) behindert oder zurückdrängt. Wird dieser Trend nicht gebrochen, können die endogenen Wachstumspotentiale nicht rasch oder voll entfaltet werden.

3.3 Realistische Sichtweise der Perspektive

Unter dem Aspekt der intensiveren Nutzbarmachung der endogenen Potenziale und der Begrenztheit der verfügbaren Wirtschaftsfördermittel im "Zeitalter der öffentlichen Haushaltskonsolidierung" ist eine realistische Sicht auf die Perspektive dringlich, die noch vorhandene Hoffnungen der Ostdeutschen nicht begräbt, aber deren Illusionen abbaut. Dies bedeutet: neue Anforderung an die Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik sollen den objektiven Erfordernissen im Zeitverlauf besser gerecht werden und neue Impulse für das mögliche Wachstum Ost auslösen können. Dies gilt nicht zuletzt auch infolge der objektiven Faktoren von Abwanderungen, EU-Osterweiterung und "demografischer Falle Ost" in ihren zukünftigen komplexen oder dramatischen Auswirkungen

Der "ostdeutsche Entwicklungspfad" wird absehbar aus westdeutscher Sicht suboptimal bleiben, weil er die westdeutschen absoluten Zuwächse im BIP je Beschäftigten nicht überflügeln kann, ohne weiteren massiven Ressourcentransfer in den investiven (privaten sowie öffentlichen) Bereich, ohne entsprechende Markterweiterungen für die ostdeutschen Unternehmen und ohne adäquate Pflege und Entwicklung des Humanressourcen. Bleibt dies so, dann werden auch der absolute Rückstand im BIP je Kopf und letztlich auch der relative Niveauunterschied Ost-West sich nicht zügig bzw. längerfristig zu wenig verringern, d.h. der „schleichende Angleichungsvorgang“ übersteigt auch bestenfalls noch eine weitere Lebensgeneration.

Vorerst also bildet Ostdeutschland als Ganzes eine Zone des stagnierenden bis langsamen Wachstums im Ost-West-Vergleich und in der EU, wie dies für zurückbleibende Regionen charakteristisch ist. Die spontane Marktdifferenzierung wird unter den künftigen EU-Bedingungen für ostdeutsche Unternehmen generell verstärkt, besonders im zu schmalen Exportsektor. Regional bilden sich mehrere Ballungszentren für die Wertschöpfung aus, bei weiterer "Verdünnung" benachteiligter Räume und Gebiete. Für die ostdeutschen regionalen Disparitäten ist typisch, dass sie im Vergleich zu Westdeutschland weit stärker einen kleinräumigen Charakter aufweisen.

"Selbsttragendes Wachstum" wird absehbar regional noch nicht erreicht. Die Verminderung der absoluten BIP-Differenz je Einwohner ("Aufholprozess") - soweit sie nicht durch Bevölkerungsrückgang bewirkt wird ("passive Sanierung") - ist nicht mehr durch echten Leistungsanstieg im bestehenden Politikrahmen gewährleistet.

Es bleibt müßig darüber zu streiten, bis zu welchem höheren Angleichungsniveau die Entwicklung in Ostdeutschland "adäquat" den endogenen Potenzialen im Laufe der nächsten Generationsperiode gelangen kann. Sicherlich führt die Nutzbarmachung dieser Potenziale zu einem differenzierten Wachstumsfortschritt in Zweigen und Branchen, der auch in den konjunkturellen Aufschwungphasen spürbar sein kann, aber in Abschwungphasen eher abfällt und länger stagniert, solange der Typ einer "Dependenzökonomie" vorherrscht. Am Ende ist aber nicht die langsam voranschreitende Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft zur marktwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit ausreichend. Entscheidend ist das u.a. auch dadurch erreichte vergleichsweise Gesamtleistungsniveau, das im EU-Raum generell im "BIP je Einwohner" bewertet wird.

3.4 Defizit in der deutschen Politik

Das "Scheitern der ökonomischen Transformation" und seine komplexen Folgen hat politische, ökonomische und soziale Konsequenzen auch für die gesamtdeutsche Perspektive von historischer Tragweite. Von mancher Seite wurde bereits die Hilflosigkeit oder Resignation bei Politikern festgestellt, einen Aufholprozess Ost in Gang zu setzen. "Vogel-Strauss-Politik" ist aber kein Heilmittel im Zeitalter der Globalisierungsfolgen auf dem gesamtdeutschen Binnenmarkt. Es gilt daher gesamtstaatlich politisch zu entscheiden, welche ökonomische Rolle die ostdeutsche Region künftig im gesamtdeutschen und EU-Raum übernehmen kann und soll.

Um diese Zukunftsentscheidung mogelte sich die Bundesregierung in ihrer gesamten Legislaturperiode bereits erfolgreich herum. Sie manifestiert damit ihre Einflusslosigkeit gegenüber der deutschen Wirtschaft und deren Unternehmerverbänden. Deren Exponenten geben inoffiziell unumwunden zu, dass die deutsche Kapitalexpansion im Ausland zu erfolgen habe statt im Inland. Die "Chefsache Ost" stellte sich gesamtstrategisch als "leere Hülle" heraus, der Chefadjutant fungiert als Abwiegler und die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten finden nicht "unter einen Hut" ihrer wirklichen Wählerinteressen. Die amerikanische Tragödie vom 11. September hat das ostdeutsche Thema zeitweilig aus der Öffentlichkeit ebenso wie aus der politischen Kampfarena des Bundestages verdrängt.

Entgegen der Auffassung, dass es keine gesonderte ostregionale Wirtschaftspolitik geben könne, sondern nur eine gesamtdeutsche, ist objektiv eine spezielle **politische** Schwerpunktsetzung erforderlich, um den Entwicklungsrückstand Ost forciert aufzuholen. Eine solche spezifische Wirtschaftspolitik in und für Ostdeutschland kann jedoch nicht losgelöst, unabhängig von der gesamtdeutschen Wirtschaftspolitik erfolgen, sondern ist in vielfältiger Weise mit ihr verflochten. Ohne Abkehr von der in ihren Grundzügen neoliberalen Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Bundesregierung sowie von der überzogenen „Sparpolitik“ wird eine Veränderung der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarktpolitik zur Lösung der ostdeutschen Probleme kaum politische und finanzierbare Chancen haben.

Die Struktur- und Entwicklungspolitik für die neuen Bundesländer sollte auf folgende strategische **Schwerpunkte** ausgerichtet werden:

1. Nutzung der Möglichkeiten für ein langfristig um *mehr als ein Prozent* höheres Tempo des Wirtschaftswachstums Ost im Vergleich zu West als eine Vorbedingung für einen zügigen oder „nennenswerten Aufholprozess“ (Thierse) in der Wertschöpfung. Dabei kommt es darauf an, das Wirtschaftswachstum mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Veränderung der Strukturen zu Gunsten innovativer Branchen und Produktionen mit günstigen Absatzbedingungen zu verbinden.
2. Schrittweise Schließung bzw. Verringerung der Produktionslücke, der Produktivitätslücke und der Einkommenslücke Ost zu West als *Vorbedingung* der Angleichung der Lebensverhältnisse und der Zurückführung der hohen Transferleistungen West/Ost.
3. Abmilderung der langfristigen Folgen des demographischen Entwicklungsprozesses Ost durch zielgerichtete Maßnahmen zur Minderung der Abwanderung aus der Region und gezielte Familienpolitik zur Anhebung der natürlichen Reproduktionsrate.

Zu den Mitteln und Methoden, um diese Zielstellung zu erreichen bzw. zu befördern, sind zu rechnen:

- Hinreichende weitere Förderung der regionalen Investitionen in die Infrastruktur sowie in die innovative Basis von Forschung, Entwicklung und industrieller Wertschöpfung, insbesondere im Sektor des Verarbeitenden Gewerbes.
- Nutzung der bestehenden Kapazitäten und Wertschöpfungspotentiale des Baugewerbes Ost für die dringliche Verbesserung/Angleichung der regionalen Infrastruktur durch öffentliche Aufträge.
- Mobilisierung von exogenen Investitionsquellen für die Forcierung der industriellen Exportbasis.
- Anhebung des noch viel zu niedrigen industriellen Beschäftigungsgrades pro 1000 Beschäftigte („Industriebesatz“) in der Region mittels Neu- und Erweiterungsinvestitionen.

Auf dem Sektor der Haushalts- und Finanzpolitik sind folgende Änderungen notwendig, um diese Ziele zu erreichen:

- Stützung der ostdeutschen Gemeindefinanzen durch eine deutliche Erhöhung der Zuweisungen für kommunale Investitionen, vor allem für die noch zurückgebliebenen Infrastrukturbereiche, u.a. im Zuge einer dringenden Gemeindefinanzreform.
- Ausgleich für die hohen Einnahmeverluste aus der Steuerpolitik des Bundes für die unteren Gebietskörperschaften Ost sowie Absicherung der notwendigen zusätzlichen Bundesergänzungszuweisungen im staatlichen Finanzausgleich.
- Wiedereinführung von differenzierten Vermögenssteuerarten gemäß den Bewertungen des BVG-Urteils, womit eine höhere investive Finanzierung des Aufholprozesses Ost abgesichert werden könnte.

- Anpassung der zeitlichen Zielstellungen für das Herbeiführen eines Nulldefizits der Länderhaushalte Ost unter Beachtung der konjunkturellen Situation und der spezifischen Bedingungen der jeweiligen Länderhaushalte, insbesondere der konkreten Realisierungspotentiale hierfür.

Für diese *strategischen* Weichenstellungen fehlt die politische Konsensbildung in der deutschen Politikerelite, jedoch schließt dies nicht aus, das unübersehbare Defizit hier exakt zu formulieren.

Die Erfahrungen in Ostdeutschland seit 1990 und auch die Ergebnisse bei der Lösung regionaler Rückstände beim ökonomischen Aufholen in anderen Ländern zeigen, dass die faktische Entwicklung doch in stärkerem Maße von der Gesamtpolitik und der Wirtschaftspolitik direkt beeinflusst wird als es die Vertreter der Mainstream-Ökonomie zugeben.

Entscheidend für den weiteren Weg Ostdeutschlands ist daher eine makroökonomische, gesamtwirtschaftliche Politik mit optimaler Gestaltung entwicklungsfördernder volks- und regionalwirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie die Qualität der realisierbaren regionalen Struktur-, Innovations- und Beschäftigungspolitik.

3.5 Konsequenzen des ostdeutschen Entwicklungspfades

In Konsequenz einer Fortführung der bisherigen Politik ergibt sich: Eine baldige "neue Investitionswelle" zur Beschleunigung des Wachstums vor allem aus externen Quellen ist zwar dringlich, wird aber absehbar kaum spontan eintreten oder wirtschaftspolitisch erfolgversprechend „koordiniert“. Die Abstinenz der Bundespolitiker von effektiver Strukturpolitik Ost ist mehrheitlich notorisch.

Die Abwanderungstendenz der Berufseinsteiger bedroht die mittelfristig nutzbaren Eigenpotenziale an Fachkräften zunehmend. Der zeitlich absehbar anschließende Eintritt in die "demografische Falle Ost" zieht die "Schlinge" rigoroser um den ostdeutschen "Flaschenhals des Wachstums" zusammen. Das Ergebnis eines solchen negativen aber im Rahmen der realen Bedingungen liegenden Szenariums würde sein: Ostdeutschland als Region nachhaltiger Unterentwicklung, hoher Verschuldungslasten, kommunaler sowie sozialer Retardierung in vielen Subregionen bei insgesamt kaum noch effektiv verringerten bzw. sich sogar vergrößernden Einkommensrückständen im Ost-West-Vergleich.

Es ist die Dramatik eines solchen "Entwicklungskorridors Ost", die Kritiker der bisherigen Politik gegenüber Ostdeutschland auf den Schauplatz politischer Interventionen zugunsten der Ostregion getrieben hat. Deren Kritik an der Behandlung der "Chefsache Ost" ist legitim.

Für die neuen Bundesländer ist regionale Strukturpolitik, aber auch gesamtwirtschaftliche Konjunkturpolitik (unter Beachtung der starken Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung vom konjunkturellen Zyklus in Westdeutschland) von elementarer Bedeutung. Der staatliche Finanztransfer darf nicht nur oder weit überwiegend auf den Infrastrukturbereich zielen. Er müsste gleichermaßen nachhaltig den gewerblich-industriellen, innovativen Wertschöpfungsbereich wirksam unterstützen, darunter speziell die Herausbildung von Unternehmensnetzen und solchen Produktionskomplexe, die vorwiegend für den überregionalen Absatz produzieren.

Im Rahmen der gegenwärtigen Politikbedingungen werden folgende grob skizzierte Aufgaben gesehen:

- Weitere materiell-technische, personelle und finanzielle Stärkung der Potenziale innovativer, qualifizierter Arbeit (Hochschulwesen, Berufs- und Fortbildungszentren, FuE-Kapazitäten, Patententwicklung). Die Stärkung und Erweiterung der Potenziale für die Aus- und Weiterbildung qualifizierter Fachkräfte, für die Forschung sowie für die Überleitung von Forschungsergebnissen in die Praxis bleibt für einen längeren Zeitraum ein im Vergleich zu Westdeutschland besonders dynamisch zu entwickelnder, die Zukunft bestimmender Faktor.

- Vorrangige Entwicklung innovativer, zukunftsfähiger Branchen, Produktionen und Unternehmen mit überregionaler Bedeutung, um deren volkswirtschaftliches Gewicht und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Restriktive Finanzierungsbedingungen für Unternehmen mit günstigen Marktchancen müssen abgebaut werden.
- Effizienzerhöhung der Maßnahmen der gewerblich-industriellen Wirtschaftsförderung durch stärkere Konzentration der Mittel und Programme. Die Wirtschaftsförderung sollte in höherem Grade für die Stabilisierung und Erweiterung vorhandener innovativer Betriebe und Kapazitäten mit perspektivisch günstigen Marktpotenzialen eingesetzt werden. Gleichzeitig sollten innovative Neugründungen stimuliert werden. Besondere Schwerpunkte der zukünftigen Wirtschaftsförderung müsste die Unterstützung von Unternehmensnetzen, von Verflechtungen zwischen Forschung, Aus- und Weiterbildung und Wirtschaft sowie regionaler Stoffkreisläufe sein. Beim Einsatz der Mittel sollte der Beitrag zur aktiven Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung ein wichtiges Entscheidungskriterium sein.
- Erweiterung der finanziellen Spielräume der Länder und Kommunen für eine aktive Struktur- und Beschäftigungspolitik sowie für die öffentliche Auftragsvergabe. Durch eine kommunale Finanzreform, die dringend erforderlich ist, gilt es die Finanzkraft der Kommunen zu stärken. Die Selbstbestimmung der Kommunen bei der Verwendung der Mittel gilt es zu erhöhen.
- Intensive Einwerbung externer Investoren für innovative Branchen, besonders ausländische Unternehmen, wobei die regionalen Folgewirkungen besonders für die Schaffung von Arbeitsplätzen stärker beachtet werden sollten.
- Weiterführung und qualitative Weiterentwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auch im kommenden Zeitraum ein entscheidendes Handlungsfeld der Bundespolitik bleiben wird. Dabei sollten zielgerichtet die bundespolitischen Voraussetzungen geschaffen werden, um weitere Schritte zum Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors gehen zu können.
- Vorzugsweise Förderung/Anreizbildung für den ökologischen Strukturwandel durch Subventionen und sinnvolle ökologische Besteuerung.
- Auflage zusätzlicher Programme für die Infrastrukturentwicklung, besonders der Verkehrsinfrastruktur sowie auf Gebieten die für die Standortqualität der Regionen und Kommunen besonders wichtig sind. Zeitliches Vorziehen der nach 2010 vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen auf die Zeit bis 2010.
- Abbau restriktiv-bürokratischer Bestimmungen in der behördlichen Genehmigungspraxis für die Unternehmen, Kompetenzkonzentration und Beschleunigung.
- Schaffung neuer Jobs und deren Stimulierung für regionale Berufseinsteiger.
- Erhaltung attraktiver Kultureinrichtungen am Standort sowie Maßnahmen zur attraktiven Umgestaltung von Wohngebieten und gegen deren Verödung.

Eine übergreifende Aufgabe ist dabei die wirksamere Förderung des industriell-gewerblichen Mittelstandes, der KMU, deren Anteil an den Fördermitteln im Verhältnis zu den großen Unternehmen erhöht werden muss, und die besondere Unterstützung von Unternehmensnetzwerken sowie regionalen und überregionalen Wachstumspole. Der Erfolg der Wirtschaftsförderung wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, eine wirksamere regionale Strukturpolitik, ein aktives koordinierendes Regionalmanagement sowie ein effektiveres Zusammenwirken von Wissenschaft/Forschung, Aus- und Weiterbildung und Wirtschaft zu erreichen.

Wie auch immer die Impulse der regierungsseitigen Wirtschaftspolitik gegenüber der ost-deutschen Region (in Ambivalenz zu den globalen Expansionszielen der Konzerne) wirksam

werden, die Ergebnisse werden mit großer Wahrscheinlichkeit *unter* den bisher vorwiegend politisch getragenen Erwartungen bleiben. Die historische günstigste, aber schon vergangene Zeitphase wurde zu schlecht genutzt. Nun gilt es bis zum Inkrafttreten des Solidarpakts II und bis zur EU-Osterweiterung insbesondere, entwicklungshemmende Rückstände in der Infrastruktur rascher als bisher vorgesehen zu überwinden, die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen KMU zu stärken und die neuen Möglichkeiten für grenzüberschreitende Kooperation in den Grenzregionen Ostdeutschlands sowie in den Beitrittsländern zu realisieren.

Eine stets neu zu bewältigende Herausforderung für die gestaltende Politik beim "Aufschwung Ost" besteht auf dieser Grundlage darin, die privaten und öffentlichen Wirtschaftsakteure zu stimulieren, zu ermutigen sowie gemeinsam mit ihnen *realistische* Optionen für die Zukunft auszuarbeiten, ohne illusionären Erwartungen nachzugehen. Dazu gehört auch ein Leitbild für die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung, das realistische sozial-kulturelle, ökologische und ökonomische Zielstellungen für eine Entwicklung enthält, die nicht auf den einfachen Nachbau West gerichtet ist, und die systematische Schaffung der notwendigen Bedingungen für einen "Aufholprozess" mit politischer Priorität enthält. Die hiermit verbundenen Probleme dürfen nicht durch die Politik vereinfacht werden, sondern müssen in ihrer realen Widersprüchlichkeit, Komplexität und wechselseitigen Verflechtung mit den daraus notwendigen Konsequenzen bestimmt und einer Lösung zugeführt werden.

Von einer Angleichung an Westdeutschland in den gesamtwirtschaftlichen Leistungsindikatoren als *mittelfristiges oder noch absehbar erreichbares Ziel für Ostdeutschland muss realistischer Weise Abschied genommen werden.*

Ungeachtet dessen kommt es darauf an, in Ostdeutschland im Rahmen real existierender objektiver Möglichkeiten eine wieder höhere wirtschaftliche Dynamik, vor allem im Industriebereich, sowie Fortschritte bei der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, bei der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur, bei der Erhöhung der Innovationsfähigkeit und der Fortführung des ökologischen Umbaus zu erreichen, um den konjunkturellen Abschwung schneller zu überwinden und den strukturellen Rückstand zu Westdeutschland möglichst nicht noch zu vergrößern.

-Ende-

¹ Hier ist u.a. auf die gesamte öffentliche Reaktion zugunsten der bekannten "Fünf Thesen" von Wolfgang Thierse ("Die Zeit" vom 3.1.2001) sowie auf gleichgesinnte Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe "Perspektiven für Ostdeutschland" um Edelbert Richter hinzuweisen.

² DIW-Wochenbericht, Nr. 3/2002, S. 53

³ Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ der Länder.

⁴ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, Stand Juli 2001, S. 3

⁵ BMWi, "Wirtschaftsdaten Neue Länder", Stand Juli 2001, S. 22, 20. Hiervon abweichend gibt der "DIW-Wochenbericht" 43/2001 den Rückgang der Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen auf nur 94,4 % des westdeutschen Standes je Einwohner an (S. 692).

⁶ IWH, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 3/2002, S. 79

⁷ Udo Ludwig, Interview, Berliner Zeitung, 10.1.2002

⁸ Udo Ludwig, Aktuelle Trends, IWH Halle, "Wirtschaft im Wandel" 16/2001, S. 414

⁹ IWH, "Wirtschaft im Wandel", Nr. 16/2001, S. 424

¹⁰ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, Juli 2001, S. 3

¹¹ Vgl. hierzu u.a. Joachim Ragnitz, "Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft: Eine zusammenfassende Bewertung," in: "Wirtschaft im Wandel", 7-8/2001, S. 181 ff; Jan Prieue, "1990 -

2000 – Bilanz und Perspektive”, in: Ostdeutschland – eine abgehängte Region? Perspektiven und Alternativen, Hrsg. AG – Perspektiven für Ostdeutschland, Dresden 2001; Rudolf Hickel, ”Widersprüchlicher Prozess der ostdeutschen Transformation”, in: ebenda;

¹² IWH, „Wirtschaft im Wandel“ Nr. 9/2001, S. 199 ff.

¹³ DIW-Wochenbericht Nr. 3/2002, S. 51/52

¹⁴ Joachim Ragnitz, ”Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft: Eine zusammenfassende Bewertung”, ”Wirtschaft im Wandel” 7-8/2001, S. 186

¹⁵ Institute, ”Solidarpakt II – Infrastrukturelle Nachholebedarfe Ostdeutschlands – Zusammenfassung”, März 2000, S. 6 ff.; Seidel / Vesper, ”Expertise des DIW” vom März 2001, S.18

¹⁶ Vgl. Wirtschaft im Wandel 9/01

¹⁷ Vgl. dazu H. Berteit, Dynamisch, aber kleines Gewicht - die Industrie der neuen Bundesländer, in: Ostdeutschland - eine abgehängte Region (Hrsg. AG Perspektiven für Ostdeutschland), Dresden 2001

¹⁸ Vgl. Auftragsstudie der Kreditanstalt für Wiederaufbau: Neue Bundesländer - Einflussfaktoren der Regionalentwicklung, November 2001. Dies hat sich allerdings in den letzten drei Jahren geändert, in denen der Wachstumsprozess gerade im Verarbeitenden Gewerbe anstieg.

¹⁹ IWH, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 3/2002, S. 79 (Tabelle)

²⁰ Wolfgang Thierse, ”Zukunft Ost”, Rowohlt Berlin, September 2001, S. 98

²¹ Zitiert bei Rüdiger Pohl, ”Die unvollendete Transformation”, in: ”Wirtschaft im Wandel”, Nr. 8/2000, S. 226 Fußnote 4)

²² Siehe a.a.O., S. 97

²³ DIW-Wochenbericht Nr. 3/2002, S. 53

²⁴ IWH-Diskussionspapiere Nr. 70, März 1998, S. 21

²⁵ Hier ist als drastischer Beleg die inzwischen erwiesene Tatsache heranzuziehen, dass die Eichelsche Entlastung der Konzerngewinne im Zuge der Steuerreform keine messbaren Effekte auf die Realinvestitionen der Großkonzerne im Produktionssektor ausgelöst hat.

²⁶ IWH-Diskussionspapiere Nr. 70, März 1998, S. 21

²⁷ Der hier übernommene Ausdruck „demografische Falle Ost“ ist keine exakte Umschreibung, spiegelt jedoch die Folgen des nach 1990/91 eingesetzten „Gebärstreiks“ ostdeutscher Frauen für den zukünftig (ab 2008) stark fehlenden Berufseinsteigernachwuchs in Ostdeutschland – eine Deformation im normalen Lebensbaum wider.

²⁸ ”DIW-Wochenbericht”, 43/2001, S. 691/692

²⁹ Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2001, S. 2

³⁰ Vgl. hierzu u.a.: ”Ostdeutschland – eine abgehängte Region? Perspektiven und Alternativen”, Hrsg. ”AG – Perspektiven für Ostdeutschland”, Dresden 2001; Wolfgang Thierse, ”Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas”, Berlin 2001.